

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erk. 2

täglich abends mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage für den fol-  
genden Tag. Insektionspreis:  
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In  
amtlichen Zeilen die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Sprechnummer Nr. 210.

57. Jahrgang.

Sonntag, den 13. März

1910.

N 59.

Abonnement  
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl.  
des „Mstr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unseren Boten, sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

### Schülerarbeiten-Ausstellung der Zweigabteilung der Kgl. Kunstschule für Textilindustrie Plauen zu Eibenstock.

Zum Besuche der diesjährigen Ausstellung von Schülerarbeiten, sowie zu der am Montag, den 14. d. M. vorm. 11 Uhr stattfindenden Schülerentlassungsfeier ladet die sehr geehrten Behörden und Körperschaften von Stadt und Staat, die Herren Chefs, die Eltern der Schüler, sowie alle Freunde der Schule ergebenst ein.

Die Ausstellung ist geöffnet von Sonntag, den 13. bis mit Dienstag, den 15. März täglich von 11 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm.

Die Direktion der Königl. Kunstschule für Textilindustrie.

### Öffentliche Schulprüfungen zu Schönheide

von Montag, den 14. März bis Donnerstag, den 17. März.

Zum Besuche der Prüfungen, Ausstellungen und Entlassungsfeierlichkeiten werden die geehrten Behörden, werthen Eltern, Erzieher und sonstigen Angehörigen der Schuljugend, wie auch alle Freunde der Jugendbildung ergebenst eingeladen.

Schönheide, 8. März 1910.

Die Schuldirektion.  
Grohmann.

### Der Fall Mannesmann.

Seit Monaten zeigt sich das wenig erbauliche Schauspiel, daß einige Blätter das Auswärtige Amt auf das Schärfste angreifen und fortgesetzt den schweren Vorwurf erheben, daß dieses die Interessen deutscher Untertanen im Auslande nicht genügend schütze. Ja man war sogar in dieser Campagne so kleinlich, es dem Staatssekretär nachzutragen, daß er, wie es allgemeiner diplomatischer Brauch, Visitenkarten mit französischem Titel führte, wobei man von dem Verschehen eines Dieners, der wahrscheinlich eine solche Karte einem Reichstagsabgeordneten übergeben hatte, allerlei höhnische Schlüsse auf die Gesinnung des Staatssekretärs zog. Den äußeren Hauptanlaß zu dem Vorgehen gegen den Staatssekretär hat die bekannte Affäre der Firma Mannesmann gegeben, welche vom dem Sultan von Marokko Mineralkonzession erhalten hatte, deren Berechtigung von anderen Gesellschaften, in denen das französische Kapital dominierte, bestritten wurde. Auf die Einzelheiten der ganzen Angelegenheit hier einzugehen, würde zu weit führen, es ist darüber auch seitens der Reichsregierung ein Weißbuch ausgegeben worden, welches in der Kommission zur Erörterung gelangte. Gegen diese Auslassung der Regierung war seitens der Interessenten und der ihnen nahestehenden Kreise gleichfalls ein lebhafter Kampf geführt worden, wobei man sich nicht scheute, die Regierung zu beschuldigen, daß sie wichtige Dokumente weggelassen habe, um die Sache in ein ihr günstiges Licht zu rücken. Wieviel bei der Preßcampagne auf das Konto der Gebrüder Mannesmann zu setzen ist, läßt sich nicht ohne weiteres sagen, es scheint, als ob da von einzelnen Blättern vieles aus eigenem hinzugetan wurde, um dem gewissen Kreisen wenig geschmeinen Herrn von Schön ein Bein zu stellen. Mit begehrter Spannung hatte man der Debatte in der Budgetkommission des Reichstages entgegengeesehen, namentlich im Auslande, speziell jenseits der Bogen mochte man sich schon gefreut haben, wieder einmal einen großen Zwischenfall in Deutschland zu erblicken und daraus allerlei Schlüsse auf die Situation im Reich ziehen zu können. Gewiß ist es Pflicht, an Maßnahmen der Regierung auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik Kritik zu üben, auch scharfe Kritik, aber man muß dabei immer wissen, welche Grenzen man einzuhalten hat. Andere Länder geben hierin ein treffliches Beispiel. Es würde dort meistens Niemandem einfallen, über die Leitung der auswärtigen Politik in unsäthlicher Form herzufallen und sie vor dem Auslande zu diskreditieren. Bei uns in Deutschland gibt es leider Organe, welche in dieser Beziehung nicht Maß halten können und, obgleich ihnen gute Absichten nicht abgesprochen werden können, dadurch beitragen, Deutschland in den Augen des Auslandes herabzusetzen, indem man dort an der festen Konsistenz des Reiches zu zweifeln beginnt und zur Ansicht gelangt, daß manches bei uns saul sei. Dies kann natürlich auf die Schritte der Auslandsstaaten nicht ohne Einfluß bleiben und für Deutschland Unannehmlichkeiten mit herausbringen. In der Budgetkommission des Reichstages hat man sich erfreulicherweise gehütet, einen derartigen Ton anzuschlagen, man hat ruhig und sachlich die Angelegenheit beraten, und es hat eine Aussprache stattgefunden, welche einen in jeder Beziehung würdigen Charakter trug. Man ist auch allem Anscheine nach zu einem günstigen Resultat gekommen, welches es ermöglicht, daß diese leidige Affäre endgültig von der Tagesordnung verschwände. Daß das Auswärtige Amt seine Pflicht nicht getan hätte, hat sich in keiner Weise erwiesen, in Rechtsanschauungen kann es eben grundverschiedene Standpunkte geben, und man hat keinerlei Veranlassung, derartige Vorwürfe gegen die Reichsregierung zu erheben, wie dies geschehen ist. Hoffentlich zieht man endlich einmal

aus Vorgängen, wie der Fall Mannesmann, die Lehre, wenn es gilt, das Ansehen Deutschlands zu wahren, nicht allzu hitzig vorzugehen, und ein Verhalten einzuschlagen, welches geeignet ist, die Autorität Deutschlands nach außen hin zu zerstören.

### Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Budgetkommission des Reichstages hat die Mannesmann-Angelegenheit am dritten Sitzungstage nach langwierigen Erörterungen im Sinne des Auswärtigen Amtes erledigt. Sie nahm folgende Erklärung ihres Vorsitzenden an: Ich stelle aus dem Gang der Verhandlungen und den Erklärungen der Parteien fest, daß die Kommission einstimmig der Erwartung ihres Vorsitzenden und den Erklärungen der Parteien zustimmt, daß das Auswärtige Amt die großen in Frage stehenden wirtschaftlichen Interessen des Reiches nachdrücklich wahren wird. Nur wirtschaftliche Vereinigung und Nationalliberalen wünschten statt des Ausbruchs der Erwartung den einer Aufforderung. Vorher hatte der Staatssekretär von Schön erklärt, und zwar im Auftrage des Reichskanzlers, daß das Auswärtige Amt an seiner bisherigen Rechtsauffassung des Falles Mannesmann festhalte und die berechtigten Interessen der Reichsangehörigen nach Kräften zu schützen und zu fördern fortfahren werde.

Der Brandschaden auf dem Linien- schiff „Pöfen“ beträgt 20-25 000 Mark. Die Ventilationsmotoren sind mit vernichtet worden.

Deutsche Kolonien.

Vom Ausblühen Deutsch-Südwest-afrikas. Die Farmergenossenschaft in Windhof hat im letzten Jahr einen Umsatz von 20 Millionen Mark gegen 8 Millionen Mark im Vorjahre erzielt. Die Genossenschaft hat einen zentralen Bauplatz für 100 000 Mark zum Bau eines eigenen Geschäftshauses angekauft.

Oesterreich-Ungarn.

Der Nachlaß Lugers. Lueger vermachte sein gesamtes Vermögen, das auf 120 000 Kronen geschätzt wird, seinen beiden Schwestern. Nach deren Tod soll der Nachlaß der Lueger-Stiftung für verarmte Gewerbetreibende zufließen. Dienstag soll der Führer der christlich-sozialen Partei gewählt werden. Da Prinz Alois zu Vichingen wegen Krankheit ablehnen dürfte, sollen die Führung gemeinsam Gekmann und Ebenhoch übertragen werden.

Frankreich.

Die Unterschlagungen in den französischen Marinearsenalen. Die Untersuchung über die Miesenunterschleife in dem Marinearsenal zu Toulon ist noch lange nicht abgeschlossen, da kommt die Kunde, daß große Diebstahle in dem Arsenal des Kriegshafen Brest entdeckt wurden. Dort haben jahrelang zahlreiche Arsenalarbeiter gestohlen, was sie stehlen konnten, und der größte Teil des Materials, aus dem die Arbeiterhäuser bestehen, dürfte aus den staatlichen Warenbeständen des Brester Arsenals herkommen. Aufgedeckt wurde dieser neueste Skandal infolge der Pensionierung des Arsenalarbeiters Sperfeld. Der Mann stand vierzehn Jahre lang in Diensten des Arsenals und hat fast täglich dort Gegenstände aller Art, die er erwischen konnte, gestohlen und nach Hause gebracht. Auf diese Weise legte er sich in seinem Hause ein großes Warenlager an, welches er jetzt verkaufen wollte. Dieser Vorfall schlug jedoch zu seinem Verderben aus, denn nunmehr kamen seine Diebstahle an den Tag. Auch in Brest herrschte so gut wie keine Kontrolle, und nur deshalb konnten die Diebstahle einen solchen Umfang annehmen.

Die Millionenunterschlagungen des Pariser Kirchengutverwalters Duez waren Gegenstand einer Interpellation in der französischen Kammer. Da die Liquidatoren nicht eigentliche Regierungsbeamte, sondern Bestellte der Gerichte sind, konnte die Regierung die Verantwortung für die Vorkommnisse ablehnen. Die Voruntersuchung gegen Duez ergab die Tatsache, daß Duez nicht bloß im Börsenspiel die veruntreuten Gelder verloren hatte, viel mehr hatten seine „Freundinnen“ an sich gerafft.

Paris, 11. März. Nach einer Depesche des „Newport Herald“ aus Point à Pitre ist in den verschiedenen Plantagenbezirken verhältnismäßige Ruhe eingetreten; die Arbeit wurde zum Teil wieder aufgenommen, die Arbeitsstätten werden militärisch bewacht. Nur wenige Borden von Meutereern durchziehen noch hier und da die Straßen und versuchen ab und zu, die Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen.

England.

Die englische Krankheit. Infolge der Veröffentlichung des englischen Marinebudgets zeigten sich bei verschiedenen Londoner Blättern wieder Anfänge jener bekannten krankhaften Furcht vor der deutschen Flotte. So beschäftigt sich „Daily Express“ mit dem englischen Flottenbauprogramm und zieht dabei einen Vergleich zwischen der britischen und deutschen Flotte, wobei er die Behauptung aufstellt, daß die deutsche Flotte um sechs Dreadnoughts größer sei, als bisher angenommen wurde. Bei der Herausrechnung dieser Zahl wird auch das Displacement herangezogen, welches bei den deutschen Dreadnoughts 22 500 Tonnen anstatt 18 000 oder 19 000 Tonnen betrage. Jeder Laie, der sich für Marineangelegenheiten interessiert, wird das Lächerliche bei der Rechnung genannten Blattes sofort erkennen, allein in diesem Unfuge liegt Methode, und darum versängt er sogar bei vernünftigen Menschen in England. „Daily News“ kommen bei einem Vergleich zwischen Großbritannien und Deutschland zu dem Schlusse, daß die britische Flotte — abgesehen von der Dreadnought-Periode — der deutschen ganz gewaltig überlegen sei. Großbritannien werde im Jahre 1918 20, Deutschland nur 13 Schiffe der Dreadnought-Klasse haben; ein Jahr später werde Großbritannien über 29, Deutschland über 17 Dreadnoughts verfügen. Dabei seien die von den Kolonien geschenkten Dreadnoughts nicht eingerechnet. Dort scheint allerdings der Sentimentalifer im Abflauen begriffen zu sein, denn nach einer vorliegenden Meldung hat das kanadische Parlament den Antrag auf Schenkung eines Dreadnoughts an das Mutterland mit 55 Stimmen Mehrheit abgelehnt.

### lokale und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 12. März. Zum Vielhausbau gingen dem Erzgebirgs-Zweigverein Eibenstock gestern weitere 300 M. zu und zwar 100 M. Geschenk von Herrn Fabrikant Gedel hier, 100 M. zinsloses Darlehn von einer hiesigen Firma und 100 M. Geschenk von Herrn Privatier Max Bauer in Weithain „mit herzlichem Glückauf! aufs ganze Gebörg!“ Es lebe lang die Fortschrittspartei!

Eibenstock. Die hiesige Ortsgruppe des Allg. Deutschen Schulvereins, gegründet unter Schuldirektor Dr. Förster am 16. Oktober 1888, hielt ihre 24. Hauptversammlung ab. Der Verein unterstützt bekanntlich das bedrohte Deutschtum im Auslande. Für diesen Zweck verausgabte er in den beiden vergangenen Jahren 21,31 M. Um die Einnahmen voll und ganz der nationalen Sache zuzuwenden, wurde von der Veranstaltung von Festlichkeiten Abstand genommen. Die 25-jährige Jubiläumsfeier unserer Ortsgruppe gedenkt man jedoch im kommenden Herbst festlich zu begehen. Beschlossen wurde ferner, dem Lutherverein als korporatives Mitglied beizutreten, Werbeprospektulare an national gesinnte Bewohner in unserer Umgebung zu verlesen und für die Jubiläumsfeier einen Oesterreicher als Red-

ner zu gewinnen. Endlich sei noch mitgeteilt, daß durch eine Pfennigsammlung in vergangener Woche 43,00 Mk. eingingen für die vom Feuer schwer geschädigten Deutschen in Amerika. Dergleichen Dank allen freundlichen Gebern!

**Dresden, 11. März.** Der Zentrallerverband deutscher Krieger- und Veteranenvereine von Nordamerika plant eine größere Reise durch Deutschland und wird dieselbe in der ersten Hälfte des Monats Mai von New York aus antreten. Der Verband wird voraussichtlich am 27. Mai in einer Stärke von 500 Personen in Dresden eintreffen.

**Dresden, 10. März.** Hier ist am Donnerstag der Auslosung Königlicher Sächsischer Staatspapiere stattgefunden, von welcher die 3%, Staatsschulden-Rassenscheine vom Jahre 1855 betroffen worden sind. Die Inhaber der genannten Staatspapiere werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufügen aufmerksam gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der Leipziger Zeitung, dem Dresdner Journal und dem Dresdner Anzeiger veröffentlicht, auch bei sämtlichen Bezirkssteuerbeamten, sowie bei allen Stadträten, Bürgermeistern und Gemeindevorständen des Landes zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden.

**Leipzig, 10. März.** Hier ist am Donnerstag der bekannte Komponist und langjährige frühere Dirigent der Gewandhauskapelle, Professor Karl Heinrich Reinecke, der auch lange Jahre als Lehrer am Konservatorium für Musik gewirkt hat, im Alter von 86 Jahren gestorben.

**Leipzig, 11. März.** In dem Café Hohenzollern in der Partelstraße hier geriet in vergangener Nacht in der 2. Stunde Dr. phil. Hans Robert Friedrich Kobl, jurzzeit Direktor der Jura-Fakultät in Nürnberg, mit dem Student cand. jur. Karl August Zimmermann aus Petersburg wegen geringfügiger Ursache in Streit. In dessen Verlauf drang der 23-jährige Student mit einem Stock auf Dr. Kobl ein; dieser griff in der Abwehr zum Revolver und feuerte zwei Schüsse auf seinen Gegner ab, durch die letzterer an der Brust und am Hals schwer verletzt wurde, so daß er im Krankenhaus untergebracht werden mußte.

**Chemnitz, 11. März.** Professor Alschweig, Direktor der öffentlichen Handelsschule, verübte Selbstmord durch Erhängen in der Chemnitz. Die Ursache ist vermutlich in einer scharfen Kritik der Stadtverordneten zu suchen, welche den Zuschuß für die Schule wegen mangelnden Fortschritts nur für ein Jahr bewilligten.

**Freiberg, 9. März.** Eine Duellaffäre, die vor kurzem hier großes Aufsehen erregte, bildete die Veranlassung zu der heutigen Verhandlung des kgl. Landgerichts Freiberg gegen den 28 Jahre alten, aus Spanien stammenden ehemaligen Bergakademiker Rodrigo Payne, der wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beleidigung eines Schutzmannes und wegen Zweikampfes mit 3 Monaten Festungshaft und wegen Körperverletzung — er hatte den Exarbitrar Polizeiwachtmeister geschlagen — mit 300 M. Geldstrafe verurteilt. Der Anklage lag folgender Vorgang zugrunde: Nach einer bis zum frühen Morgen dauernden Kneipe kam es in einem hiesigen Restaurant zwischen Payne und einem Bergakademiker F. einerseits und einem Leutnant zu einem Streit, Payne, der anfangs zwischen F. und dem Offizier vermitteln wollte, ging dann schließlich selbst zu Tätlichkeiten gegen den Leutnant über, worauf dieser zur Abwehr seinen Degen zog. Nun entstand eine allgemeine Rauferei, worauf der Wirt die Polizei rief, die Payne verhaften wollte. Dieser leistete hier als auch dann auf der Polizeiwache heftigen Widerstand, so daß er schließlich gefesselt werden mußte. Die weitere Folge dieses Vorkommnisses war, daß der Leutnant den F. und Payne auf Vikolen forderte. Diese Duelle kamen am übernächsten Morgen im hiesigen Hospitalwald zum Austrag und verliefen unblutig. Infolge dieser Vorgänge erhielt der Leutnant nach kriegsgerichtlicher Aburteilung wegen Zweikampfes seinen Abschied. F. und Payne, die hiesigen Corps angehörten, wurden ausgeschlossen. F. beging kurz darauf Selbstmord. Payne, der sich jetzt in einer sächsischen Heilanstalt befindet, wurde heute wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 300 M. Geldstrafe und wegen Zweikampfes zu 4 Monaten Festungshaft verurteilt.

**Lichtenstein, 11. März.** Großfeuer äscherte gestern abend in der 11. Stunde das im unteren Teile von Bernsdorf belegene Paul Bockmannsche Gut bis auf ein kleines Schuppengebäude ein. Das Feuer kam in der Scheune aus und griff so schnell um sich, daß aus dem Flammenmeer nur wenig gerettet werden konnte. Bockmann ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Es liegt anscheinend Brandstiftung vor.

**Blauen, 10. März.** Heute vormittag mußte ein 1888 hier geborener Mann, der eine 7wöchige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, von der Gefangenenanstalt nach dem Krankenhaus überführt werden. Er war vom Flur 3 Stockwerke hoch her abgesprungen und hatte sich dabei schwere innere Verletzungen zugezogen.

**Oelsnitz i. B., 10. März.** Unsere Stadt hat auch diese Ostern wieder die Ehre, sächsische Schulmänner von nah und fern in ihren Mauern begrüßen zu dürfen. Am 29., 30. und 31. März dieses Jahres hält der Sächsische Zeichenlehrerverein hier seine Hauptversammlung ab, bei der zwei wichtige Tagesfragen auf dem Gebiete des Zeichenunterrichts einer Beantwortung zugeführt werden sollen.

**Zeitz, 9. März.** Gestern mittag 1/2 Uhr fand im Rathaussaale die feierliche Wiedererverpflichtung des am 1. Februar dieses Jahres auf Lebenszeit gewählten Herrn Bürgermeisters Dr. Schneider durch Herrn Kreisauptmann von Burgsdorf aus Chemnitz statt.

74901 75026 75441 70789 77414 82104 82529 82704 82900 83172 83708  
83888 84587 85408 88206 89035 89057 89114 89674 92705 93081 94975  
95329 97980 99042 100208 100248 101736 102267 106135 108616 108845  
108876 108884

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. März.

Der Reichstag erledigte am Freitag die sozialdemokratische Interpellation wegen Verweigerung der Genehmigung zu der öffentlichen Versammlung im Trepentower Park und setzte dann die Beratung des Postetats fort. Abg. Ledebour (soz.) begründete die Interpellation. Der Berliner Polizeipräsident habe sich bei seinem Vorgehen gegen eine völlig gesetzliche Veranstaltung als Handlanger des konservativen Regiments erwiesen. Die Regierung müßte ihn sofort entlassen. Staatssekretär Delbrück erörterte vorwiegend die rechtliche Seite des Falles. Es sei wegen der Nichtgenehmigung Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben worden und die Sache werde durch alle Instanzen getrieben werden. Unter diesen Umständen trage er Bedenken, in Einzelheiten des Falles einzutreten. Seine Ansicht sei aber, daß der Spaziergang nicht so harmlos war, er sei auch im Tiergarten gewesen (Stürmische Heiterkeit.). Aus dem Spaziergang sei doch selbstverständlich eine politische Kundgebung geworden. Abg. von Hertling (Str.) stimmte dem Staatssekretär im wesentlichen zu. Abg. Jund (natl.) meinte, die Interpellation sei verfrüht. Abg. von Richthofen (konf.) äußerte sich im Sinne des Staatssekretärs. Abg. Müller-Meynig (fortschr. Sp.) wünschte mit Otthello zu sagen: „Verlaß mich, Jagow!“ (Heiterkeit.). Abg. von Dirksen (Rp.) dagegen wünschte sehr das Bleiben Herrn von Jagows. Nach Ausführungen der Abgg. Gzarinski (Pole), Liebermann (wirtsch. Sp.), Werner (Rp.) und Heine (soz.) wurde die Beratung des Postetats fortgesetzt, bei dem verschiedene nicht wesentliche Wünsche vorgebracht wurden. Als sich bei Abstimmung über die Ostmarkenzulage die Beschlussefähigkeit des Hauses ergibt, wird eine neue Sitzung für den Freitag abend anberaumt, die sich bis nach 8 Uhr ausdehnt. Sonnabend Fortsetzung der Beratung.

## Sächsischer Landtag.

H. Dresden, 11. März. Erste Kammer. Präsident Dr. Graf Bismarck von Eckstädt eröffnet die Sitzung, zu der auch Prinz Johann Georg erschienen ist, um 12 Uhr. Das Haus ist wie gewöhnlich besetzt, die Tribünen sind stark besucht, besonders die Damentribüne, auf der auch Prinzessin Mathilde und Prinzessin Johann Georg den Verhandlungen beiwohnen. Am Regierungstische: Kultusminister Dr. Bed und Kommissare, später Minister Graf Bismarck von Eckstädt. Punkt 1 der Tagesordnung, Vortrag aus der Registrande und Beschlüsse auf die Eingänge, erledigt sich ohne Debatte. Unter Punkt 2 erstattet Dr. von Hübel für die erste Deputation Bericht über den mit königlichen Dekret Nr. 14 vorgelegten Entwurf zu einem Gesetz über das höhere Mädchenbildungswesen, indem er das wesentlichste aus dem gedruckt vorliegenden Bericht wiedergibt und die Hoffnung äußert, daß es gelingen möge, auch bei dem einzigen, noch vorhandenen Differenzpunkt, dem die Gemeinschaftsziehung betreffenden Paragraph 19, einen Weg zur Verständigung zu finden. In der allgemeinen Beratung nimmt zuerst das Wort Kultusminister Dr. Bed: Er dankt dem Hause zunächst für die wohlwollende Aufnahme des Entwurfs, äußert seine Freude über die bis jetzt in wesentlichen Punkten erzielte Verständigung, die allerdings Opfer erfordert habe, die von der Regierung nicht immer leichten Herzens gebracht worden seien, so daß sie eine Aenderung mancher Bestimmungen noch sehr wünsche. Wenn der Entwurf Gesetz werde, so werde er einen der wichtigsten Fortschritte auf diesem Gebiete bedeuten. Redner geht dann auf die Geschichte des Entwurfs ein, der sich in wesentlichen Punkten an das preussische Gesetz anlehne, und erläutert dann die Tendenz des Entwurfs. An die Spitze zu stellen sei der Satz, daß das eigentliche Arbeitsgebiet der Frau das Haus sei, daneben sei aber auch zu berücksichtigen, daß sich in der Frauenwelt immerhin das Bestreben zeige, Gehilfin des Mannes zu sein. Weiter hätte die Regierung die Verpflchtung, da mehr als früher Frauen nicht in den Ehestand treten, diesen eine Versorgungsmöglichkeit zu bieten durch Ausbildung für den Beruf. Allerdings sei dabei mit großer Vorsicht zu verfahren, denn die gelehrten Berufe seien schon heute überfüllt, und die Gefahren, die sich daraus ergäben, seien für das weibliche Geschlecht noch größer, als für das männliche. Kammerherr Sahrer von Sahr befürchtet von dem Gesetz, daß es zu einer Nothfrage werden würde, das weibliche Geschlecht in die gelehrten Berufe zu drängen. Auch der Vorsitzende des Vereins für Schulhygiene habe sich gegen die Schulreform geäußert. Der erste, der hier zurückzuschrauben werde, das werde der Staat selbst sein. Es werde kommen, wie in Amerika, wo man wohl gelehrte Frauen, aber keine klugen Mütter habe. Vielleicht werde es in Deutschland noch schlimmer kommen. Er selbst stehe dem Gesetzentwurf skeptisch und nur zum Teil sympathisch gegenüber, und wenn er den Schlußantrag der Deputation mit unterschrieben habe, so wolle man daraus nicht folgern, daß er den Beschlüssen überall Anerkennung zolle. Geh. Oberstudienrat Dr. Peter steht im allgemeinen auf dem vom Deputationsbericht vertretenen Standpunkte. Der Staat brauche für die Wahrung seiner Ehre und seiner Existenz nach außen die Kraft der Männer, für die Wahrung der Ordnung im Inneren intelligente Leute. Die Aufgabe der höheren Erziehung der Töchter aber falle zunächst der Familie zu. Bei der Ausbildung der Töchter sei aber wesentlich auf die weibliche Natur und ihre Leistungsfähigkeit Rücksicht zu nehmen, die von der männlichen sehr verschieden sei. Auch dieser Redner warnt ein-

dringlich vor einem übermäßigen Andrang der Frauen zu den gelehrten Berufen, die ihrer Natur nach in der Hauptsache den Männern vorbehalten bleiben müßten. Nach längerer Debatte wird der Entwurf angenommen. — Nächste Sitzung Mittwoch, 16. März, mittags 12 Uhr.

Zweite Kammer. Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 35 Minuten. Auf der Tagesordnung steht als Punkt 1 die allgemeine Vorberatung über das königliche Dekret Nr. 24, Entwurf eines Gesetzes, betreffend Erlasse, Stundungen und Nachforderungen von Einkommen- und Ergänzungssteuer. Durch dieses Gesetz soll das Finanzministerium ermächtigt werden, im Interesse einer Vereinfachung der Geschäfte seine Befugnisse zu Erlaß, Stundung und Nachforderungen von Einkommensteuer auf ihm nachgeordnete Behörden zu übertragen, auch die Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen von Nachforderung geringfügiger Steuerbeträge abzusehen ist. Abg. Wittig (konf.) erklärt namens seiner Freunde die Zustimmung zu dem Entwurf, der eine erfreuliche Vereinfachung des Verfahrens bedeute. Abg. Kleinempe (natl.) schließt sich dem Vorredner an. (Im Hause herrscht starke Unruhe) und beantragt Verweisung an die Finanzdeputation A. Abg. Bär (freis.) stimmt dem Wunsche nach Deputationsberatung namens seiner Freunde zu. Abg. Reimling (soz.) tut das gleiche für seine Fraktion. Geh. Rat Dr. Schröder: Die letzte Entscheidung bleibe selbstverständlich dem Ministerium. Wenn eine Gemeinde einen Erlaß abgelehnt hätte, so hätte der Betreffende selbstverständlich noch das Recht der Beschwerde ans Ministerium. Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Schönfeld (konf.) wird das Dekret einstimmig an die Finanzdeputation A. verwiesen. Unter Punkt 2 und 3 werden nach Berichten der Abgg. Krause (soz.) u. Meyer (natl.) die in Tit. 12 und Tit. 18 geforderten Summen von 1 Million Mark (erste Rate) für den viergleisigen Ausbau der Linze Dresden—Werdau auf der Strecke Dresden—Altstadt—Potschappel und 317 000 Mark (Nachforderung) für den Umbau des Bahnhofes Eger bewilligt. Unter Punkt 4 wird die Petition des Restaurateurs Bruno Braun in St. Michaelis b. Brand der Regierung insoweit zur Kenntnisnahme überwiesen, als sie darauf gerichtet ist, daß die Regierung die Bestrebungen, die Gemeinde St. Michaelis mit ausreichendem und gutem Trinkwasser zu versorgen, möglichst fördern möge. (Berichterfasser hierzu war Abg. Wilde (soz.)) Nächste Sitzung: Dienstag, den 15. März, 10 Uhr. Tagesordnung: Staatskapitel, darunter Oberrechnungskammer und Hochbauverwaltung (dabei Umbau des Opernhauses in Dresden), Schlußberatung über das Gesetz zur Abänderung der Pensionsgesetze für die Geistlichen, Schlußberatung über den Antrag Brodau betreffend Verkürzung der geschlossenen Zeiten, und Bestimmungen über die Sonntagsruhe, Petitionen.

## Luftschiffahrt.

Unfall des Siemens & Halske-Luftschiffes. Freitag nachmittag um 6 Uhr ereignete sich auf dem Bornstedter Felde bei Potsdam ein schwerer Aeroplanunfall. Der seit dem Herbst hier befindliche Aeroplan der Firma Siemens & Halske unternahm Flugversuche. Nachdem das Luftschiff sich vom Boden erhoben hatte, überschlug es sich plötzlich und stürzte zur Erde. Der Apparat geriet vollständig in Trümmer. Einer der Insassen wurde schwer verletzt. Der Apparat der Firma Siemens & Halske befindet sich seit dem vorigen Herbst hier auf dem Bornstedter Felde. Vorgehern sind die ersten Flugversuche unternommen worden. Der Apparat ist ein Doppeldecker von 16 Meter Flügelspannweite mit vorderen Horizontalsteuerern, ähnlich wie bei dem Wright'schen Aeroplan. In dem Apparat ist ein Motor der Firma Siemens & Halske von 52 Pferdestärken. Freitag sollte nun der erste Kurenflug gemacht werden. Der Apparat war besetzt von drei Personen und flog gegen den Südwestwind an. Er kam nach hundert Metern schräg vom Boden los und wollte dann in 16 Metern Höhe eine Kurve nach rechts machen. Hierbei neigte sich der Apparat immer mehr nach rechts, bis er schließlich mit dem rechten Flügel auf die Erde fiel. Nun wurde der linke Flügel vom Winde ganz in die Höhe gehoben, sodas sich der Apparat überschlug. Das Luftschiff glied nun einem großen Trümmerhaufen. Von den drei Insassen, drei Ingenieuren, kamen zwei mit geringeren Verletzungen davon, während einer mit den Beinen unter den Motor zu liegen kam, wobei ihm beide Beine unterhalb des Knie zerhackt wurden. Der Schwerverletzte ist nach dem Garnisonlazarett gebracht worden.

## Von Schlößern, die im Monde liegen.

Roman von R. Knecht, Schönau. (1. Fortsetzung.)

„Sol“ rief Annemarie empört aus. „Da müßt' man doch sein Herz im Leibe haben, wenn man solch armes Ding frant und elend daliegen sieht und sich nicht darum kümmern sollte. Das düßt ihr von einem Christenmenschen nicht verlangen, und wenn's mich zehnmal meine Stellung kostet, ich kümmer mich doch um das arme Häscherl. Wenn ich nur wüßt, wo ihre Angehörigen sind. Weiß Gott, ich machte mich gleich auf die Sohlen, sie zu benachrichtigen, daß sie das Fräulein holen.“

„Ja, das weiß ich auch nicht, da müssen Sie den Friedrich fragen, der weiß ja hier alles. Er wird auch noch was sein, gehen Sie nur mal hinüber zu ihm.“

Annemarie folgte der Weisung und suchte den Kammerdiener Friedrich auf, um ihm vom Zustand der Kranken zu berichten und zu fragen, was mit ihr geschehen solle. Aber da kam sie schon an und betam für ihren guten Willen noch gehörige Grobheiten zu hören. Es sei alles schon angeordnet und sie habe nichts weiter zu tun, als das Fräulein zu beaufsichtigen, bis sie abgeholt würde. Alles andere ginge sie nichts an.

Empört schlich die Köchin in ihre Kammer zurück, fest entschlossen, zum nächsten Termin ihre Stellung zu kündigen denn die Herzlosigkeit, mit der man hier über ein Menschenleben hinwegjah, ging der schlichten Frau doch über alle Begriffe von Christentum und Nächstenliebe.

Mit der Bibel im Schoße legte sie sich wieder neben Juttas Bett, um die Nacht zu wachen und der Kranken talte

Kompr  
Lindere  
sie dat  
vor we  
vertrete  
geholt  
Kopie

Am  
Lode d  
Gaußeu  
umfian  
gesich  
gingen  
und Ju  
schäftig  
Roma  
fürmich  
Begeber  
Rechnu  
Kopf de  
„Um di  
Deutun  
tischer u  
„Als  
tam, un  
Estriede  
ganze S  
schlag be  
sfort ei  
fahren, u  
volle W  
Sohn in  
bereitwil  
des Mal  
hatte. I  
rows un  
abgereif  
wobin,  
junge W  
Kosten v  
„Als  
der Refid  
hältnis s  
Situatio  
„Bes  
jungen  
jemand  
steits in  
„Dame ge  
dem Frän  
ist, velle  
Er trete  
Eigensch  
so stolze  
personal  
wohl das  
kannte d  
die spanne  
und Mod  
damit Sie  
gern einer  
Bercht  
dem Schlo  
mo Jutta  
Sichermä  
Weise un  
gemalde,  
Ledenstag  
beendet u  
Beruk  
nun, daß  
ausgehen,  
Schloßherr  
Frühe im  
bracht hab  
„Sein  
hospitals  
ausgebro  
händigte  
monnale  
ihn, die  
die kostbar  
erhalten w  
Danteswor  
meister leg  
als ein wi  
ziehungen  
nicht, eben  
seine Mutte  
wöhheit, da  
die Zusich  
ihrem Bestin  
beruhigt da  
Über r  
„Unglück  
um die Sch  
auch gerade  
Glück der  
feinen Sch  
Unannehmli  
denn daß  
um den U  
halten, das  
beschlich ih  
dieser Affär  
nach dem S  
Toilette ihm  
entlocht hatt  
in seinem 3

Sonn  
zu 3. entell  
„Giebfußb  
ober später z

H  
welche vorze  
besten Kraf  
sich meinen  
men lassen.  
E. Herr  
Berlin NO. 4

Kompressen auf die glühende Stirn zu legen, die einzige Linderung, die sie ihr verschaffen konnte. Erbittert mußte sie dabei des kleinen Unfalls des Fürsten gedenken, der vor wenigen Wochen passiert war und wobei er sich den Fuß verletzt hatte. Drei Ärzte mußten da in ständiger Eile geholt werden und das ganze Dienstpersonal hatte auf dem Kopfe gestanden vor Sorge und Hilfsbereitschaft. Aber jetzt?

9. Kapitel.

Am andern Morgen ging die Kunde von dem plötzlichen Tode des allgemein bekannten Professors Landrow wie ein Lauffeuer durch die Residenz und je mehr man die näheren Umstände gehelmsuhalten suchte, desto mehr wurde darüber gezischt und getuschelt, und die abenteuerlichsten Gerüchte gingen von Mund zu Mund. Der Klatsch über den Maler und Jutta von Rhode hatte ja schon längst alle Gemüter beschäftigt und die ganz Klugen hatten ein derartiges Ende des Romans längst vorausgesehen. Das Haus der Witwe wurde förmlich gefürmt von neugierigen Besuchern, die unter dem Mäntelchen der Teilnahme nur Näheres über die mysteriöse Begebenheit erfahren wollten, aber nicht so ganz auf ihre Rechnung kamen, denn die Frau Professorin, die gänzlich den Kopf verloren hatte, wiederholte nur immer dieselben Worte: „Um dieser Person willen!“ Die allerdings verschiedene Deutungen zulassen und die tuisierenden Gerüchte nur romantischer und glaubwürdiger gestalteten.

Als Leutnant Wertmeister nachmittags in die Residenz kam, um beim Hofjeweiler die Verlobungsringe für sich und Eilriede zu bestellen, erfuhr er von dem Gerüchte, das die ganze Stadt in Aufregung versetzte und ihn wie ein Donnererschlag berührte. Die Ringe blieben unbestellt und er nahm sofort eine Droschke und ließ sich nach Schloß Monbijou fahren, um gleich vor die rechte Schmiede zu gehen und die volle Wahrheit zu erfahren. Der Schloßherzwalter, dessen Sohn in Wertmeisters Regiment gedient hatte, gab ihm auch bereitwilligst Auskunft über den Unglücksfall und das Ende des Malers, der seine Rettungstat mit dem Leben bezahlte. Der Fürst war, nachdem er von dem Tode Landrows und der schweren Erkrankung Juttas erfahren, sofort abgereist und der Schloßherzwalter wußte nicht zu sagen, wohin, nur daß der Fürst noch Anweisung gegeben, das junge Mädchen ins Krankenhaus schaffen und auf seine Kosten versorgen zu lassen.

Als Wertmeister dem alten Herrn von dem Klatsch in der Residenz erzählte, der Jutta mit dem Fürsten in einem Verhältnis stehend bezichtigte, mußte jener trotz des Ernstes der Situation lächeln.

„Besten Herr Leutnant,“ sagte er, den tief bekümmerten jungen Mann auf die Schulter klopfend, „das kann nur jemand sagen, der unsern Fürsten nicht kennt. Wir, die wir stets in seiner Umgebung waren, wissen genau, daß er jeder Dame gegenüber gänzlich unempfindlich war und auch mit dem Fräulein von Rhode nie in nähere Berührung gekommen ist, vielleicht kaum zwei Worte mit ihr gewechselt hat. Er interessierte sich für ihre Schönheit, aber nur in ihrer Eigenschaft als Modell der Kuriebilder. Daß sich die sonst so stolze junge Dame dazu hergegeben, hatte das Schloßpersonal freilich gemerkt, aber Meister Landrow wird sie wohl dazu überredet haben und er wußte auch warum. Er kannte die seltsamen Launen unseres guten Fürsten und die spendide Art, mit der er honorierte, wenn Künstler und Modelle seinen Intentionen bedingungslos folgten. Und damit Sie nichts Arges denken, Herr Leutnant, will ich Ihnen gern einen Blick in das Kurie-Zimmer erlauben.“

Wertmeister nahm das Anerbieten dankbar an und folgte dem Schloßherzwalter in ein hallenartiges, gotisches Gemach, wo Jutta in zwei lebensgroßen Bildern als das reizvolle Fischermädchen dargestellt war und zwar in der züchtigsten Weise und in poetischster Auffassung. Das dritte Wandgemälde, das sie in reicher albedeutscher Festtracht am Lehenstag auf Burg Rheinfels zeigt, war kaum zur Hälfte beendet und das Mondscheibchen im Nachen erst skizziert.

Beruhigt verließ der Leutnant den Saal, wußte er doch nun, daß auch die spitzeste Zunge an diesen Bildern nichts aussehender, oder den Ruf des Mädchens bescheiden konnte. Vom Schloßherzwalter erfuhr er ferner, daß man Jutta in der Frühe im Krankenwagen nach dem Elisabeth-Hospital gebracht habe.

Sein nächster Weg war dorthin. Der Chefarzt des Hospitals teilte ihm mit, daß bei Jutta ein schweres Fieber ausgebrochen und ihr Zustand bedenklich sei. Die Oberin händigte ihm verschiedene Schmutzgegenstände, das Portemonnaie und die Stützmappe der Kranken aus und bat ihn, die Sachen zu verwahren. Unter ihnen befand sich die kostbare Brosche, die sie an dem Unglückstage vom Fürsten erhalten hatte. Auch die Karte mit den paar höflichen Dankesworten des Fürsten war dabei und Leutnant Wertmeister legte sie sorgfältig in sein Portefeuille, denn er sah sie als ein wichtiges Dokument für die Lauterkeit ihrer Beziehungen zu dem Fürsten an. Sehen durfte er die Kranke nicht, ebensowenig war daran zu denken, daß Eilriede oder seine Mutter sich an der Pflege beteiligen dürften. Die Gewißheit, daß Jutta in den zuverlässigsten Händen war, und die Zuversicht, daß man Eilrieden öfters Nachricht von ihrem Befinden geben würde, ließen Werner Wertmeister etwas beruhigt das Hospital verlassen.

Aber nun kam das Schwerkste: seine Braut von dem Unglück zu benachrichtigen. Wie würde sie erschrecken und sich um die Schwester ängstigen! Daß dieses unfelige Ereignis auch gerade an diesem Tage passieren mußte, wo sein junges Glück der Befestigung harrte. Er ahnte, daß es noch lange seinen Schatten auf seinen Brautstand werfen und ihm viel Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten bereiten würde, denn daß er dem bösarigen Klatsch entgegenzutreten mußte, um den Namen, den auch seine Braut trug, rein zu erhalten, das wußte er und dazu war er auch bereit. Dennoch beschloß ihn ein banges Gefühl, wenn er des Ausgangs dieser Affäre dachte. Ihm fiel jene schwüle Sommernacht nach dem Konzerte ein, wo Jutta in ihrer schillernden Toilette ihm die Worte: „Wie die Schlange im Paradiese“ entlockt hatte. War sie nun nicht wirklich zur Schlange in seinem Paradiese geworden? —

Fortsetzung folgt.

Bermischte Nachrichten.

— Ein fieberhafter Verkauf von Häusern hat in Berlin begonnen, nachdem mit Beginn dieser Woche die Wertzuwachssteuer in Kraft getreten ist. Aber es ist den Käufern und Verkäufern nicht etwa darum zu tun, jetzt dem Magistrat möglichst schnell und reichlich Einnahmen aus der Steuer zukommen zu lassen, o nein, vorläufig wird nämlich die Steuerordnung noch nicht in Anspruch genommen, und das wird ausgenutzt. Ein großes Warenhaus kaufte für 7 Millionen Mark Häuser, ein Hotelier für 4 Millionen. Ein Geschäft im Zentrum in Größe von 33 Quadratrudden wurde mit 27000 M. pro Quadratrudd bezahlt!

— Eine internationale Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr findet in der Zeit vom 18. März bis 15. Mai 1911 in der Ausstellungshalle zu Berlin unter dem Präsidium des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg statt. Die Ausstellung bezweckt in methodischer Anordnung ein Bild aller derjenigen Verkehrs-Einrichtungen, Veranstaltungen und industriellen Erzeugnisse zu geben, die der Ausrüstung, der Beförderung und der Unterstunft des Reisenden dienen, ferner auf die Vorzüge und Sehenswürdigkeiten aller für den Verkehr in Frage kommenden Reiseziele Deutschlands wie des gesamten Auslandes aufmerksam zu machen.

— 200000 M. Defizit bei der Frankfurter Luftschiffausstellung. Der Finanzausschuß der Internationalen Luftschiffahrt-Ausstellung hielt in Frankfurt a. M. eine Sitzung ab, in der die Abrechnung der „Luft“ und die Deckung des Defizits beraten wurde. Wie jetzt feststeht, beträgt dieses etwa 200000 M., sodaß die Zeichner des Garantiefonds mit 20 Proz. zur Deckung herangezogen werden müssen. Der Garantiefonds beträgt 1 Million M., die von den Garantiezeichnern zu entrichtende Summe über 200000 M.

— Paul von Heyse. Der bekannte Dichter Paul Heyse, der am 15. d. M. seinen 80. Geburtstag feiert, wurde vom Prinzregenten von Bayern in den persönlichen Adelstand erhoben. Die Stadt München hat den Dichter bekanntlich zum Ehrenbürger ernannt.

— Auch Beary in der Klemme. Da Beary dem Subkomitee des Marineausschusses der Vereinigten Staaten die geforderten Beweise mit Rücksicht auf seinen Verleger nicht vorlegt, hat das Komitee in Washington Donnerstag einstimmig beschlossen, daß die Ehreung Bearys einstweilen nicht ausgesprochen werden soll. In den Verhandlungen des Unterausschusses wurde Beary von dem Mitgliede des Repräsentantenhauses Macon aufs schärfste angegriffen. Macon behauptete, die Angaben Bearys seien nicht mehr wert als die Dr. Cooks. Die Berichte über die Schnelligkeit seiner Marsche seien mit der größten Vorsicht aufzunehmen. Es sei höchst auffällig, daß Beary, solange er mit Kapitän Bartlett zusammen war, durchschnittlich am Tage nur 9,06 Meilen zurücklegte; als er sich aber von Bartlett getrennt hatte, sei merkwürdigerweise die Schnelligkeit seines Vordringens auf 26,4 Meilen, sowohl in der Richtung nach dem Pol als zurück gestiegen. In dem Augenblick, als er mit seinen Leuten wieder zusammentraf, habe auch die Schnelligkeit abgenommen. Die meisten Mitglieder der Kommission zeigten sich Beary gegenüber sehr zurückhaltend.

— Einen Automobilruß beabsichtigt der Amerikaner Morgan zu gründen. 120 Millionen Mark hat er für den Ankauf der Automobilfabriken von Detroit ausgelegt.

— Erdbeben. Am Donnerstag abend 10 Uhr 30 Minuten wurde in San Francisco ein starkes Erdbeben mit langandauernden Bewegungen verspürt. Auch in anderen Teilen des Staates war nach telegraphischen Meldungen das Erdbeben fühlbar.

— Immer mehr zum Reklamehelden bildet sich Caruso, der bekannte italienische Tenor, aus. In Amerika hat sein Impresario die Kunde ausgeprengt, Caruso werde von Kupfererbsen der „Schwarzen Hand“ verfolgt. Als er in Newport auftrat, waren im Theater 43 Schulleute anwesend, die Stimmbegabten unter ihnen sangen sogar im Chor mit und paßten dabei auf die Statistiken auf.

— Verbrannt. In der Schule zu Saarau kam ein achtfähriges Mädchen beim Anhängen seiner Jacke der glühenden Ofentür zu nahe. Die Kleider gerieten in Brand, das Mädchen stand sofort in Flammen und erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald darauf starb.

— Zurückgegeben. A. (zu B., der im Dunkeln, ohne zu grüßen, an ihm vorbeigeht): „Na, Sie haben mich wohl für 'n Vaterneppfahl gehalten?“ B.: „Ne, mein Vieber, dazu sind Sie mir oben nich hell genug!“

— Aus der Schule. Lehrer: „Wer also seinen Nebenmenschen liebt, ihm hilft und Gutes tut, der kommt in den Himmel; wer ihn aber kränkt, bedrückt, bezieht oder gar tötet, wohin kommt der wohl?“ Morichsen: „In ein Sanatorium.“

Wettervorhersage für den 13. März 1910.

Westwind, etwas kälter, Bewölkungzunahme, einzelne Niederschläge. 8

Fremdenliste.

Ueberrachtet haben im Ratikeller: Hugo Lambert, Kfm., Döbeln. Hugo Schöffinger, Kfm., Berlin. Reichshof: G. Schilling, Kfm., Wöwen. Louis Günftel, Kfm., Chemnitz. Hermann Müller, Rechtsanw., Dresden. Emil Mohr, Kfm., Bad Godesberg. Bülly Walter, Kfm., Chemnitz. Stadt Leipzig: Albin Schmidt, Kfm., Leipzig. Stadt Dresden: Albin Reipner, Gäbler, Dresden-Dresden. Kurt Scheiter, Reisender, Jülich. Alex Frank, Kfm., Chemnitz. R. Heimann, Kfm., Weisenfeld. Ein Herr Hof: W. L. G. Hof, Kfm., Leipzig.

Neueste Nachrichten.

— Berlin, 12. März. Der „Vorwärts“ meldet: Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen eine Reihe Parteigenossen und Siftierte ein Strafverfahren eingeleitet wegen der Demonstrationen am 13. Februar. Die betreffenden Genossen werden beschuldigt, Veranstalter und Leiter nicht genehmigter Versammlungen unter freiem Himmel gewesen zu sein oder nicht genehmigte öffentliche Aufzüge und Umzüge veranstaltet und geleitet zu haben. Als solche Veranstalter steht die Staatsanwaltschaft vornehmlich die Redner an, die am 13. Februar in den Versammlungen gegen die Wahlrechtsvorlage gesprochen haben. Am Freitag fanden bereits mehrere Vernehmungen in dieser Angelegenheit statt. Die Staatsanwaltschaft wird Anklage erheben wegen Vergehens gegen § 111 des „Str.-G.-B.“ (Auforderung zu strafbaren Handlungen) und wegen Ueberschreitung des § 19 des Reichsvereinsgesetzes.

— Berlin, 12. März. Im Prozeß gegen die Eindrescher im Richtertalar zog sich die Beratung der Geschworenen bis in die späten Abendstunden hin. Das Urteil lautete gegen den Hauptangeklagten Luedtke zu 3 1/2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 2 bis 6 Monaten verurteilt. Den Angeklagten wurde die Untersuchungshaft teilweise angerechnet.

— Hamburg, 12. März. In der großen Provinzialdieschaffsaffäre, die im vorigen Jahre auf dem Dampfer „Kaiserin Augusta Viktoria“ der Hamburg-Amerika-Linie so großes Aufsehen erregt hat, wurden gestern vom hiesigen Landgericht nach zweitägiger Verhandlung der Bäcker Schueller zu 2 Monaten und die anderen angeklagten 14 Köche und 6 Stewards zu 10 Tagen bis 6 Wochen Gefängnis verurteilt und zwar wegen Unterschlagung und Beihilfe.

— Hannover, 12. März. Gestern nachmittags unternahm auf der Bahnenwalder Heide der Aviatiker Jatho-Hannover einen erfolgreichen Flug mit seinem Eindecker. Wegen schlechten Wetters hatte Jatho bisher keinen Versuch unternommen und diese Zeit zur Verbesserung seines Apparates benutzte. Die geringe Fahrt war denn auch von Erfolg begleitet, denn Jatho konnte sich mit seinem Apparat bis zu einer Höhe von 2 Metern erheben und in dieser Höhe einen Flug von 150 Metern ausführen. Der Aviatiker wird heute seine Flugversuche fortsetzen.

— Wien, 12. März. Der deutsche Botschafter von Tschirschky wird heute im Auftrage Kaiser Wilhelms am Sarge des Bürgermeisters Dr. Lueger einen prachtvollen Kranz niederlegen.

— Wien, 12. März. Im Abgeordnetenhaus kam es gestern zu turbulenten Szenen. Das Haus debattierte gerade über die Finanzvorlage der Regierung. Als Generalredner sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Renner. Während dieser Rede machte der sozialdemokratische Abgeordnete Bernersdorfer im Gespräch mit dem Abgeordneten Stransky die Bemerkung: „ich pfeife auf die Habsburger und auf die Hohenzollern!“ Diese Worte hörte der Aldeutsche Ralik und forderte den Präsidenten auf, den Abgeordneten Bernersdorfer zur Ordnung zu rufen. Die Sozialdemokraten riefen bei diesen Worten: „Pfi!“ „Spion, Denunziant!“ „Beh“ zur Polizei!“ Bernersdorfer erklärte, daß er die Neuerung lediglich in einem Privatgespräch gemacht habe, was auch der Präsident bestätigte. Sodann kam es noch zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen Ralik und dem tschechischen Sozialdemokraten Soup, in deren Verlauf Ralik einen Revolver zog. Es entstand ein Handgemenge und beide Abgeordnete mußten von anderen auseinandergebracht werden. Die Särmzene dauerte bis zum Ende der Sitzung fort.

— Serajewo, 12. März. Im Zentrum der Stadt ist gestern ein verheerender Brand ausgebrochen, bei dem mehrere Personen ums Leben gekommen sind. Ein Feuerwehrmann rettete aus einem brennenden Hause eine Frau mit eigener Lebensgefahr.

— Paris, 12. März. Die Beratung der Interpellation betreffend den Duez-Skandal wird am Montag in der Kammer fortgesetzt werden. Es hat sich noch eine ganze Reihe Redner zum Wort gemeldet. Vorläufig ist noch nicht vorauszufragen, welches Resultat die Debatte haben wird. Die politische Lage ist nicht ganz klar und eine Ministerkrisis nicht unmöglich.

Sonnige Wohnung zu 3, eventl. 4 Zimmern, sowie eine Giebelstube mit Kammer sofort oder später zu vermieten bei Hermann Wolf.

Herren, welche vorzeitig die Abnahme ihrer besten Kraft wahrnehmen, wollen sich meinen Prospekt gratis kommen lassen. E. Hermann, Apotheker, Berlin NO. 45, Neue Königstrasse 2.

Mey's Stoffwäsche. Ist billig, praktisch, elegant, von Leinenwäsche kaum zu unterscheiden und im Gebrauch ausserordentlich vorzuziehen. Vorrätig in Eibenstock bei Aug. Mohnert u. Carl Grohs, Bergstr.

Waschemangeln in allen Größen, jed. Konkurrenz über-treffendes Fabrikat, liefert unt. Garant. Paul Thiele, Waschemangel-Fabrik, Chemnitz, Hartmannstr. 11. Suche einen tüchtigen Sticker an 1/2 oder 1, auch kann ein streb-samer Mann daseibst lernen. G. Schönfelder, Freibstr. 5.

Verloren wurde auf dem Wege von Eibenstock nach Müldenhammer — Stägenrüner Straße — Anger's Säleiserei goldene Damenuhr mit Kette. 50 Mark Belohnung. Näheres in der Exped. dieses Blattes.

Patentanwalt Sack & Leipzig

Stube und Schlafstube mit Zubehör an ruhige Leute bald oder später zu vermieten. Zu erst in der Exp. d. Bl.

Für Wirte! Vorschriftsmäßige Bierpreis-Plafate sind zu haben in der Buchdruckerei von Emil Hannebohn.

# Als passende Konfirmations-Geschenke

empfehl  
Uhren, Ketten, Broschen, Medaillons, Knöpfe, Ringe, Colliers, Boutons, Armbänder u. s. w.  
in ganz modernen Ausführungen und allen Preislagen  
**Fr. Graupner, Uhrmacherstr.**  
Auswahl ohne Gleichen.

## Welt-Spiegel,

zeigt nur bildende und belehrende Bilder als:  
Christus der Retter ist da.  
Im Hof von Salerno.  
Ein jugendlicher Held.  
Piefke im Theater.  
Eine Schachpartie mit Napoleon I.  
Ein italienisches Seemannsweib.  
Ein interessanter Spaziergang.  
Tonbild: Geh mach dein Fenster auf.

**Mittw. Montag, d. 14. März,**  
von 3 Uhr nachm. an  
sollen verschiedene fertige und angefertigte  
Stickerien, Tapissierarbeiten, Seide, Wolle, Strumpflängen und dergl. versteigert werden.  
Versteigerungsort: Restaurant „Bürgergarten“.  
Ortsrichter Metchsner.

## Wohnhaus

mit Motorhaus u. Raum zu 2 Schiffen oder 1 Handmaschine ist bei geringer Anzahlung um Brandtasse zu verkaufen. Daselbe ist in einem Ort mit Bahnanschluss gelegen.  
Anfragen unter G. F. A. an die Exped. ds. Bl.

Jachtclubmützen  
Engl. Sportmützen  
Kinder- " "  
Schüler- " "  
Matrosen- " "

für Mädchen u. Knaben empfehle in größter Auswahl und zu niedrigsten Preisen. **Hermann Rau.**

## Berliner Vertreter

Sucht ein leistungsfähiges Haus in Metall-Perl- u. Flitterbesätzen zu übernehmen. Offerten sub J. J. 240 bef. Rudolf Mosse, Berlin S. W.

## Speisekartoffeln.

Gute Speisekartoffeln, à 3tr. 2,00 M. stehen zum Verkauf im Hotel Stadt Dresden, Säcke sind mitzubringen.  
**M. Kluge, Soudsbüdel.**

## Eine freundliche Halb-Stage

mit Zubehör vom 1. April ab zu vermieten, auch ist daselbst ein Carconlogis frei. Zu erfahren in der Exped. d. Bl.

Erstkl. Deutsche Feuerversicherung (mit Nebenbranchen Haftpflicht und Unfall etc.) sucht einen geeigneten Herrn als Vertreter bei hoher Provision. Die Agentur bietet bei einiger Tätigkeit guten u. dauernden Nebenverdienst. Off. erb. u. G. Z. an **Rudolf Mosse, Greiz.**

## Hafer- & Roggenstroh

(Maschinendrusch) hat abzugeben  
**Gut Muldenhammer.**

## Vorgerichtete Stube

mit Schlafkubel und Zubehör sofort oder später zu vermieten.  
**Paul Schumann, Wobelfstraße 29.**

Sonntags von 11—3 Uhr geöffnet.

# Ueber 200 Anzüge

sollen bis **Ostern** mit Mk. 1.00 die Woche verkauft werden.

Ferner empfehle mein reichhaltiges Lager in

## Möbel- u. Polsterwaren

Burschen- und Kinder-Anzügen, Damenblusen, -Jackets und Kostümröcken.

## Schuhwaren

Gardinen, Teppiche, Kleiderstoffe, Bettzeuge, Inletts, Bettfedern, Läuferstoffe, Hemden, Gedecke in Plüsch u. Rips, sowie Goldwaren, Bilder, Spiegel, Uhren und Schallplatten.

## Sprech-Apparate

Wringmaschinen u. noch verschied. mehr. Alles mit nur 1 Mk. wöchentl. Abzahlung.

Anzahlung so klein als möglich.

Wichtig für Brautleute! Bei Entnahme einer Wohnungseinrichtung 2 Bilder oder 1 Pfeilerspiegel oder 1 Wanduhr

# gratis!

## D. Goldhaber

Aue i. Erzgeb.  
Möbel- u. Waren-Kreditgeschäft  
Bahnhofstr. 34, part. u. 1. Etage.

Kredit auch nach auswärts.  
Kredit an Jedermann.

Wöchentliche Abzahlung 1 Mk. Kredit an Jedermann.

Wöchentliche Abzahlung 1 Mk. Kredit an Jedermann.

**Persil**  
lässt Spitzen, Gardinen, Batist, Wäsche, Stickerien etc., überhaupt alle zarten Stoffe beim Waschen wieder wie neu werden! Denkbar gründlichste Reinigung bei grösster Schonung und Erhaltung des Gewebes. Ueberall erhältlich!  
Alleinige Fabrikanten:  
**Henkel & Co., Düsseldorf,**  
auch der seit 34 Jahren weltbekanntes  
**Henkel's Bleich-Soda.**

Siehe eine Beilage.

Der Kaninchenzüchter-Verein zu Libenstock hält am Sonntag und Montag, den 13. und 14. März in der „Centralhalle“ seine

**1. Kaninchen-Ausstellung** verbunden mit Ausstellung verschiedener Fellsachen aus Kaninchenfell  
ab, wozu alle Interessenten und Liebhaber höflichst eingeladen werden. Um zahlreichen Besuch bitten  
**Emil Weissflog.** Der Vorstand.  
Graß Viehweg.

Theater im Carlshof, Schönheiderhammer.  
Sonntag, den 13. März

Prinzeß Rehalda, Zauber-Posse in 4 Akten.  
Um gütigen Besuch bitten  
**W. Penndorf.**

Bahnhof Blautenthal.  
Sonntag, den 13. März

**Kaffee-Kränzchen** mit selbstgebackenem Kuchen, wozu freundlichst einladet  
**Pauline verw. Trommer.**

Konfirmanten- Handschuhe zu mässigen Preisen.  
**G. A. Nötzli**  
Inh.: Benno Kändler.  
Telephon Nr. 24.  
Grosse Auswahl in Konfirmations-Geschenken.

**Lang's Restaurant.**  
Gute Sonnabend abend

**Bratwurstschmaus.**  
Dierzu ladet freundlichst ein  
**Bruno Lang.**

**Gasthaus zur Garfische.**  
Morgen Montag, den 14. März

**Schlachtfest.**  
Vorm. 11 Uhr Wellfleisch, später frische Wurst u. Sauerkraut, wozu freundlichst einladet  
**J. Berthel.**

**Erfurter Blumen- und Gemüsesamen** in bester feinfähiger Ware. **Dresdner Steckwurzeln, Heliathie,** beste de Noter, wächst in jedem Hausgarten, ist vollständig winterhart und liefert vom Oktober ab ein wohlriechendes Gemüse. **Starke Pflanzknollen,** 100 St. 2 M., 50 St. 1 M., 20 Pf., 25 St. 75 Pf. empfiehlt  
**Telef.-Anschl. 66. Bernh. Fritzsche.**

Neu eingetroffen:

**Haarhüte** von Hückels Söhne, Wien,  
" " Borsalino, Alessandria.  
" " Hof- u. Hutfabrik Schatte, Altenburg,  
" " Engl. Fabrikat.  
Ferner **Wollhüte** in den neuesten Farben u. Formen nur erstklassige Fabrikate zu mässigen Preisen.  
Hochachtungsvoll  
**Hermann Rau.**

**Teilhaber gesuch.**

Zur Gründung eines Stickeriegeschäftes wird ein branchekundiger Teilhaber gesucht. Offerten unter C. R. an die Exped. d. Bl.

**Rollschuhe** hält reichhaltig am Lager  
**C. W. Friedrich,** Eisenhandlung.

**Seld-Darlehen** i. Höhe, auch ohne Bürg. 4, 5% an jed. a. Wechsel, Schuldschein, a. Ratenabzahl. gibt  
**A. Antrop, Berlin NO. 18. Rep.**

**Starbals-Tänbin** verfloren. Gegen Belohnung abzugeben bei **Hermann Seidel,** Albertstr. Nr. 2.

**Geldschrank,** 1 groß und schmiedeeiserne Copierpresse billig zu verkaufen. Anfrage unter A. P. an die Exped. d. Bl. erb.

**Maltakartoffeln** empfiehlt **R. Enzmann.**

**Zimmerschützen.** Deute Sonnabend 9 Uhr Versammlung. Preis: Schießen.  
Der Vorstand.

**Kraft-Niege.** Deute Sonntag vormittag 11 Uhr Besprechung im „Aderfelsen“.

**Seifen-Club.** Montag, den 14. März  
**Vereinsabend** im Bürgergarten.  
**Sticker** an 2-fach %, sucht **Emil Huster,** Hüblerweg 2b.  
**Tinten** empfiehlt **E. Hannebohn.**

# Beilage zu Nr. 59 des „Amts- und Anzeigebblattes“.

Eisenstadt, den 13. März 1910.

## Rede des Abgeordneten Dr. Stresemann.

In der Reichstags-Sitzung vom 23. Februar hielt unser Abgeordneter Herr Dr. Stresemann zum Etat des Reichsamts des Innern folgende Rede:

Meine Herren, der Herr Staatssekretär hat bei den Verhandlungen des ersten Tages auf die bemerkenswerte Tatsache hingewiesen, daß diesmal bei unseren Verhandlungen über den Etat des Reichsamts des Innern Fragen der Wirtschaftspolitik im Vordergrund stehen. Man wird in diesem Ueberwiegenden der handelspolitischen Sorgen sehen können, die unsere deutsche Industrie gegenwärtig in bezug auf die Erhaltung des deutschen Auslandsmarktes hegt und zwar nicht nur in bezug auf den Anteil, den wir gegenwärtig an der Weltversorgung haben, sondern in bezug auf diejenige Steigerung, die notwendig ist, wenn die Bevölkerungszunahme in Deutschland in demselben Tempo fortschreitet, wie es in den letzten 20 Jahren der Fall gewesen ist. Wir sehen, wie eine große Flutwelle der Schutzollbewegung durch die verschiedensten Wirtschaftsgüter, durch die verschiedensten Völker geht. Man weiß ja seitens der Gegner der deutschen Schutzollbewegung vielfach darauf hin, daß das eigentlich unsere Schuld sei, daß wir damit begonnen hätten, daß andere dem Beispiele gefolgt wären, das wir ihnen geben. Ich glaube, das ist eine zu formale Anschauung in dieser Frage. Wenn wir einmal sehen, von welchen Gedankengängen in der Wirtschafts- oder Sozialpolitik die Völker und die Wirtschaftsgüter sich beherrschen lassen, dann sehen wir, daß derartige Gedankengänge nicht durch irgend einen zufälligen Anstoß, nicht durch das Vorgehen eines Staates sich durchsetzen, sondern daß sie in den Zeitströmungen selber liegen und dann über die Grenzen des einen Wirtschaftsgebietes hinaus alle Völker erfassen. So haben wir bis Mitte vorigen Jahrhunderts unter dem Standpunkte der individuellen Freiheit gestanden. Wir haben auf der einen Seite diesen Standpunkt in einer Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht, die freihändlerischen Tendenzen zuneigt. Wir haben ihn auf der anderen Seite zum Ausdruck gebracht in demjenigen Verhältnis unserer innerstaatlichen Verhältnisse, die damals dem Staate das Recht absprachen, seinerseits einzugreifen in das Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber, in die Entwicklung des Handwerks gegenüber der Industrie, und den Staat dazu verurteilten, lediglich dieser Entwicklung zuzusehen. Dann kommt um das Ende des vorigen Jahrhunderts jener Zeitpunkt der Sozialpolitik im Innern, jene Zeitperiode des Schutzes der nationalen Arbeit auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Heute, mehr als 25 Jahre, nachdem das deutsche Reich auf diesem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung vorgegangen ist, erleben wir die größte Genugtuung, die dieser gesunde Gedanke der deutschen Sozialpolitik überhaupt erleben konnte, daß nämlich England uns folgt, daß sich England heute bemüht, in raschen Schritten dasjenige auf diesem Gebiete einzuholen, worin wir ihm bisher vorangegangen sind, und wir sehen, daß es dieselben Grundlagen der Gesetzgebung sind, die uns bestimmten, die man jetzt auch dort nachahmt, und unsere deutsche Industrie, die bisher im Kampfe um die Weltmarktinteressen vorausbelastet war in dieser Beziehung, wird es ihrerseits auch begrüßen können, wenn sich nun dieser Gedanke der Sozialpolitik auch bei denjenigen Völkern durchsetzt, die ihm bisher nicht zugestimmt haben.

Auf der anderen Seite muß natürlich die Hochschutzzöllnerische Bewegung auch zu Sorgen für unsere Industrie führen. Der Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren) hat darauf hingewiesen, daß das Schwergewicht unseres Außenhandels bei der verarbeitenden Industrie liegt, daß wir nicht etwa in der glücklichen Lage sind gegenüber dem Weltmarkt, daß wir ihm Waren anbieten, die er von uns nehmen muß, die im Boden unseres Landes ruhen, und die andere Völker uns ablaufen müssen, sondern daß es vielfach auf einer Verarbeitung von Rohprodukten beruht, in denen andere Länder und Wirtschaftsgebiete uns liefern, in denen aber die Konkurrenz von Jahr zu Jahr wächst, wächst mit der technischen Ausbildung auch anderer Nationen, die bisher uns gegenüber nicht konkurrenzfähig waren.

Wenn man die vielen handelspolitischen Abkommen betrachtet, die uns in der letzten Zeit hier beschäftigt haben, möchte man beinahe von einem handelspolitischen Kometenjahre sprechen, und unerfreulich war das meiste dessen, was wir hier in Kauf nehmen mußten. Unerfreulich ist vor allem auch jener uns bevorstehende neue Zolltarif in Frankreich, der unzweifelhaft der deutschen Industrie in wichtigen Branchen schwere Wunden schlagen kann.

Ich weise darauf hin, daß unsere Spielwarenindustrie, die den Charakter einer Exportindustrie mehr trägt, als irgend eine andere Branche, sich auf das äußerste bedroht sieht. Ich weise hin auf die Proteste aus der württembergischen Industrie, namentlich aus der württembergischen Metallwarenindustrie, die ebenfalls glaubt, daß ein großer Teil ihres Exports auf dem Spiele steht, wenn sie sich denjenigen Zollrückstellungen gegenüber sieht, die in Frankreich von der Deputiertenkammer beschlossen worden sind, über die der Senat jetzt zu beschließen hat.

Nun gibt es ja weite Kreise, die mit einem gewissen Fatalismus dieser Entwicklung gegenüberstehen, und die uns sagen: ja, das können wir nicht ändern, die uns auch hier bei der Beratung über den deutsch-portugiesischen Handelsvertrag gesagt haben: was können wir in Deutschland dagegen tun, wenn Portugal

seinerseits zum Schutzzoll übergeht? Ich glaube, da vergißt man doch das eine, da vergißt man die Rehrseite der Medaille, daß wir doch nicht nur ein Volk sind, das wohl ringt um den Weltmarkt mit den Milliarden, die es ausführen muß, sondern daß wir doch auch ein konsumtionsfähiges Volk sind, das einen noch größeren Teil von Milliarden dem Weltmarkt abnimmt, und zu vielen Ländern im Verhältnis eines Kunden steht, der auf der ersten Seite der kaufmännischen Handelsbilanz jener Völker steht.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)  
Wir wünschen von unserer Regierung, daß sie gegenüber jener Schutzollbewegung anderer Länder, die in ihrem Maße weit über das hinausgeht, was wir durchgesetzt haben auf dem Gebiete des Schutzes unserer Erzeugnisse, — daß sie dieser Bewegung gegenüber diese Konsumtionskraft des deutschen Volkes auspielt, daß sie darauf hinweist, daß ein Uebertreiben, eine Ueberspannung des Hochschutzzollgedankens gegenüber den deutschen Waren auch dazu führen kann, daß wir einmal Gegenmaßnahmen ergreifen auf demjenigen Gebiete, das uns zu regeln noch freisteht, und das ist der Fall auch gegenüber Frankreich. Gewiß haben wir die sogenannte ewige Weistbegünstigung. Aber wie sie uns nicht schützt gegenüber dem neuen französischen Zolltarif, der gerade gegen deutsche Waren sich in Sonderheit richtet, so schützt sie auch Frankreich nicht gegen eine Gesetzgebung, die wir in Szene setzen können, wenn man auf Seiten Frankreichs nicht den berechtigten Vorstellungen der eigenen Interessenten und auch den Vorstellungen der deutschen Regierung Gewähr gibt. Es haben vor wenigen Tagen in Südfrankreich Protestversammlungen stattgefunden. 7000 Landwirte und Gärtner haben protestiert gegen den französischen Zolltarif, indem sie hingewiesen haben darauf, daß Deutschland Repressalien ergreifen könne, die auch der französischen Volkswirtschaft schwere Wunden schlagen könnten.

Meine Herren, wir sind in außergewöhnlicher Weise doch Frankreich entgegengetroffen in bezug auf unsere zollpolitische Gesetzgebung. Ich erinnere an die Verhandlungen bei der letzten Reichsfinanzreform, wo gerade bei der Frage des Schaumweinsolls die deutsche Regierung es war, die darauf hinwies, man soll nicht unfreundlich Frankreich gegenüber sein in der Festsetzung dieser Zollsätze. Was ist der Dank für das Entgegenkommen, für die Ermöglichung der Konkurrenzfähigkeit dieser Weine? Der Dank besteht in all jenen Zollheraufsetzungen auf deutsche Waren, die wir jetzt im französischen Zolltarif vor uns sehen. Und aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt, daß die deutsche Regierung von ihrem Recht Gebrauch machen möge, in bezug auf Schaumwein, auf Cognac, Rum, Arrak u. kosmetische Mittel diejenigen Höchstzölle entgegenzusetzen, die jetzt auf Beschluß des Bundesrats absichtlich heruntergesetzt sind.

Wir wünschen aber ferner, daß, falls der französische Zolltarif Gesetz werde in derjenigen Form, in der die Deputiertenkammer ihn verabschiedet hat, in dieser aggressiven Heraussetzung von Zöllen gegenüber der deutschen Einfuhr, uns dann auch ein Gegengewicht zugehe, der eine angemessene Heraussetzung der Zölle uns biete für diejenigen Waren, die handelsvertraglich nicht gebunden sind und in bezug auf deren Absatz Frankreich uns gegenüber angewiesen ist. Das ist eine große Zahl von Zollpositionen, die auch in bezug auf den Wert der Ausfuhr ganz erheblich ins Gewicht fallen. Wir haben eine französische Einfuhr von Salben, Pomaden und Oelen von 510 000 Mark, an Aether, Nies- und Schönheitsmitteln, Kops-, Mund- und Zahnwasser von 100 000 Mark, an Puder, Schminken und Zahnpulver von 300 000 Mark. Sie sehen, das alles sind Einfuhrartikel, durch die nicht gerade die darbenenden Teile der deutschen Bevölkerung getroffen werden. Sie sehen hier weiter: dicke Gewebe für Möbel 1 Million Mark, Tüll aus Seide 1 200 000 Mark, Gaze, Krepp, Flor aus Seide 2 700 000 Mark. Wir haben weiter eine bedeutende Einfuhr von Kammgut, die sich auch auf über 30 Millionen Mark beläuft; wir haben die Spitzenstoffe und Spitzen, die 1 Million Mark ausmachen, und noch eine ganze Reihe anderer Artikel, die ich hier nicht im einzelnen aufzählen will, die aber insgesamt einen bedeutenden Prozentsatz der französischen Ausfuhr ausmachen, sodaß man es sich im französischen Senat doch überlegen sollte, ob man uns nicht durch Annahme des Zolltarifs schließlich dazu bringt, im Interesse unserer weniger geschützten Industriezweige, aber auch sozusagen im Interesse der handelspolitischen Erziehung von demjenigen Maßnahmen Gebrauch zu machen, die uns in die Lage setzen, die französische Einfuhr ebenfalls zu erschweren. Wir hoffen, daß es dazu nicht kommen wird, wir wollen keinen Zollkrieg innerhalb des Zustandes der Weistbegünstigung, der ja eigentlich ein Widerspruch schon in sich wäre. Aber wir hoffen, daß diese Vorstellungen von unserer Seite ebenso wie der Protest der französischen Importeure und weiter Kreise der dortigen Bevölkerung dazu führen wird, daß eine Ueberspannung des Hochschutzzollgedankens und die endgültige Verabschiedung dieses Gesetzes vermieden wird.

Meine Herren, ich möchte bei dieser Gelegenheit auch noch darauf hinweisen, daß unser deutscher Weinhandel es unliebsam empfindet, daß die Franzosen gegenüber unserer Einfuhr an Wein das Analyseverfahren anwenden, während wird die französischen Weine ohne eine derartige Erziehung hereinlassen. Auch auf diesem Gebiete würde die Parität wohl angebracht sein. Der deutsche Weinhandel würde es ebenso mit Dank begrüßen, wenn in bezug auf das jetzt neu geregelte

Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika die deutsche Weingesetzgebung auch für Amerika genügen sollte, um nicht auch auf diese Gebiete Schikanen gegenüber der deutschen Weineinfuhr herbeizuführen.

Ich wende mich nun zu dem Handelsabkommen, das abgeschlossen ist mit den Vereinigten Staaten von Kanada. Wir begrüßen dieses Zollabkommen, weil es dem bisherigen Zollkriege ein Ziel setzt. Ich vermag allerdings nicht so optimistisch zu sein, wie der Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren), der dieses Abkommen als einen Lichtblick in trüber Zeit bezeichnet hat. Es befreit uns allerdings von derjenigen Surcharge von 33 1/3 Prozent, die wir bisher getragen gegenüber anderen Ländern, die mit Kanada in Wettbewerb standen; es befreit aber uns und die anderen ausländischen Nationen nicht von derjenigen britischen Preference, die gewissermaßen als der erste Anfang der Idee des greater Britain durchgeführt ist, die wir auch kaum werden ändern können, die aber jedenfalls das eine zeigt, daß auch in einer Periode, in der die liberale Regierung in England am Ruder ist, der tatsächliche Schutzollgedanke, wenn ihn das Mutterland auch noch nicht akzeptiert, sich doch in bezug auf das Verhältnis der anderen Länder zu den Kolonien bereits durchgesetzt hat. Wir hoffen, daß dieses Handelsabkommen mit Kanada die Vorstufe bildet zu einem zukünftigen Handelsvertrage, damit wir namentlich gegen Frankreich, das einen solchen Vertrag vor kurzem abgeschlossen hat, in eine gleichberechtigte Wettbewerbslage kommen können.

Meine Herren, ich möchte bei dieser Gelegenheit auch in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutsch-Kanadischen Wirtschaftsvereins von dieser Stelle aus einem Manne den Dank aussprechen, der gerade vom Gesichtspunkte der Herbeiführung einer Verständigung zwischen Deutschland und Kanada sich bemüht hat und diese Bemühungen mit dem Tode hat bezahlen müssen. Es ist der Geschäftsführer des Deutsch-Kanadischen Wirtschaftsvereins Dr. Reisser, den dieser Verein im vorigen Jahre nach Kanada entsandte zusammen mit dem englischen Dolmetscher Mr. Blazely, um drüben in Kanada zu wirken für eine Beilegung des Zollkriegs, um darauf hinzuwirken, daß beide Länder an der Beilegung der Zollstreitigkeiten ein gegenseitiges Interesse hätten. Ich glaube, daß diese Bestrebungen beider Herren nicht ohne Einfluß geblieben sind auf eine günstige Stimmungsbildung in Kanada, und habe es um so mehr bedauert, daß Dr. Reisser, der schon seit Jahren immer und immer wieder für diese Verständigung wirkte, der von einem Industriebezirk zum anderen zog, um uns zur Gründung des Deutsch-Kanadischen Wirtschaftsvereins zu bewegen, den Tod gefunden hat, indem eine Typhusepidemie in Kanada ihn dahintrastete.

Meine Herren, große Freude und allgemeine Anerkennung findet gegenüber dieser Kritik, die wir gegen den französischen Zolltarif ausüben, und gegenüber der mangelhaften Freude an dem Abkommen mit Kanada die Annahme des deutsch-portugiesischen Handelsvertrags — zwar nicht bei uns, aber in Portugal. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Eine dortige angesehenere Zeitung, die oft gegen uns ausgespielt worden ist, die „Diario de noticias“, feiert diesen deutsch-portugiesischen Handelsvertrag als eine glänzende Leistung und einen glänzenden Sieg der portugiesischen Diplomatie, und als die Handelskammer in Oporto — ich übersehe das so, ich glaube, es muß etwa heißen: das Gremium der Kaufmannschaft — von der Annahme des Handelsvertrages hörte, entsandte sie aus ihrer Sitzung eine Deputation an den früheren Minister Bencoslaos de Lima, um ihm zu diesem glänzenden Erfolge für die portugiesische Industrie ihren Glückwunsch darzubringen.

(Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)  
Das zeigt doch jedenfalls das eine, daß diejenigen nicht im Unrecht sein können, die in den letzten Tagen vor der Entscheidung über diesen Vertrag in der Kommission und im Plenum darauf hingewiesen haben, daß genau so, wie es deutsche Interessententriebe gäbe, die einen Zollkrieg mit Portugal nicht wünschten, doch auch große und weite Kreise in Portugal daran interessiert waren, es mit uns nicht zu einem Zollkriege kommen zu lassen, weil die Konzessionen, die wir Portugal gaben, ganz außergewöhnlich große für das Land waren. Jetzt jubelt man drüben, man habe den unermeßlichen deutschen Markt für Portugal sich gesichert, und wir ersehen daraus für die Zukunft, daß wir nicht nötig haben, unsere Warenaufnahmefähigkeit zu gering einzuschätzen bei diesen Verhandlungen, auch wenn die Dinge auf des Messers Schneide stehen, auch wenn es sich darum handelt, ob man die Verhandlungen abbricht oder nicht. Einen Zollkrieg mit Portugal hat niemand von uns gewollt, aber bessere Bedingungen, als wir durchgesetzt haben. Vielleicht wäre das möglich gewesen, wenn die Wahrheit hier fest geblieben wäre. Das zeigen jedenfalls die Freudentumgebungen, die der Abschluß des Vertrages nicht in Deutschland sondern in Lissabon ausgelöst hat.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)  
Meine Herren, in dem Etat findet sich auch eine kurze Denkschrift über die Weltausstellung in Brüssel und sie konstatiert mit Genugtuung, daß die vielfach betonte Ausstellungsmüdigkeit der deutschen Industrie es nicht verhindert hätte, daß Anmeldungen zu dieser Ausstellung in reichem Maße eingegangen wären. Als ich im vorigen Jahre bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern für die Beteiligung an der Weltausstellung in Brüssel eintrat, da brachte die „Deutsche Bergwerksztg.“ einen Leitartikel gegen mich und schrieb: daß ich jede Fählung mit dem Denken der Industrie ver-

loren hätte, das bewiese ja die Tatsache, daß ich für die Weltausstellung in Brüssel mich erwärme; denn wenn es irgend etwas gäbe, worüber die Industrie einig wäre, dann wäre es der Umstand, daß sie sich an solchen Ausstellungen nicht mehr beteiligen würde. Was ist tatsächlich geworden? Man hat mir mitgeteilt, daß voraussichtlich die deutsche Abteilung der Ausstellung diejenige sein würde, die zuerst fertig würde, sondern auch diejenige, die mit das Bedeutsamste dieser Brüsseler Weltausstellung darstellen würde. Bis in die letzten Monate hinein sind an mich Anfragen von Industriellen gekommen, die noch Platz haben wollten auf der Weltausstellung, und denen keiner mehr gegeben werden konnte, weil der verfügbare Platz bereits vergeben war. Das zeigt, daß gerade in einer Periode des gesteigerten Wettbewerbes auf dem Weltmarkt unsere Industrie und gerade unsere verarbeitende Industrie jede Gelegenheit wahrnimmt, um das, was sie an Qualität den anderen zu bieten hat, ihnen auch sichtbar zu zeigen, und ich möchte nur hoffen, daß auch nach dieser Richtung hin unsere Beteiligung an der Weltausstellung in Brüssel denselben Erfolg für die deutsche Industrie bedeuten möge, wie es schon wiederholt bei unserer Beteiligung bei einzelnen Ausstellungen der Fall gewesen ist.

Mit sehr viel weniger Freude lesen wir dagegen, daß eine amerikanische Ausstellung in Berlin stattfinden soll, wohl gemerkt, nicht irgendeine internationale Ausstellung, zu der Deutschland einlädt, sondern eine spezifische Ausstellung amerikanischer Industrieprodukte. Wir werden das natürlich nicht hindern können, die Ausstellung wird sich ja im Rahmen einer Privatveranstaltung abspielen. Daß von den Ausstellungsobjekten nichts nach Amerika hinüber genommen wird, darauf werden wir rechnen können; sie tragen nicht die zweifache Fracht von Amerika nach Deutschland, sie werden hier abgestoßen werden zu billigen Preisen, und es wird der deutschen Industrie dadurch Konkurrenz gemacht und andererseits die Sache auch zu einer großen Reklame für die amerikanische Industrie aufgebaut werden, wenn unsere Regierung etwa offiziell oder offiziös dieser Ausstellung größere Bedeutung beilegen sollte, als sie an sich hat.

Die Handelskammer Bielefeld hat bereits protestiert gegen eine Unterstützung dieser Ausstellung, und ich möchte auch bitten, daß wir in keiner Weise offiziell oder von Reichs wegen uns für diese Ausstellung ins Zeug legen, die von dem sonstigen Charakter eines internationalen Wettbewerbes vollständig abweicht. Wo wir mit Amerika konkurrieren können, unsere Produkte neben den amerikanischen stehen, haben wir die Konkurrenz nicht zu fürchten; das ist aber hier eine ganz neue Art des smarten Geschäftsgewerbes, eine eigene Ausstellung in einem fremden Lande zu errichten, und es sollte das Reich von einer Unterstützung — ich spreche nicht von einer finanziellen, aber von einer moralischen — vollständig absehen.

Wenn die Regierung auf dem Gebiet der Förderung des Ausstellungswezens etwas tun will, wird ihr die Maschinenlehrausstellung in Dresden dazu Gelegenheit geben, für die sich mehrere hundert Führer der Industrie, namentlich aus dem Gebiete des Maschinenbaus interessiert haben, für die wirtschaftliche Verbände ohne gegenseitige Abzweigung eintreten, und die deshalb schon heute als gesichert erscheinen kann, die voraussichtlich große Mittel aus privater Initiative erhalten wird, die aber vielleicht in Zukunft doch einmal an die Regierung herantreten wird, um vom Reichsamt des Innern eine gewisse Förderung als dauernde Ausstellung sich zu erbitten.

Eine Bitte habe ich noch auf diesem Gebiet der Handelspolitik auszusprechen, das ist die Eingabe des Verbandes der deutschen Delmühlen sowie der Handelskammern in Neuß und Darmstadt wegen zollfreier Einfuhr von Sojabohnen. Es wird darauf hingewiesen, daß England dieses Produkt zollfrei einläßt, daß es hiervon 400 000 Tonnen einführt, und daß die deutschen Delmühlen, die dessen sehr bedürfen, durch den Zoll, den wir darauf haben, in ihrer Konkurrenz sehr geschwächt werden. Ich weiß ja, daß die Regierung große Abneigung dagegen hat, überhaupt an dem Gefüge des Zolltarifs etwas zu ändern; aber vielleicht läßt sich hier durch Verlegung in eine andere Position die Möglichkeit der zollfreien Einfuhr schaffen.

Ich komme dann auf die Frage der Vorbereitung unserer handelspolitischen Aktionen durch den Wirtschaftlichen Ausschuss. Dem Herrn Staatssekretär wird die Beschwerde der Handelskammer Sorau bekannt sein, uns knüpft das ja mit an den letzten Handelsvertrag mit Portugal an. Das ist dort ein großes Gebiet der deutschen Textil- und Tuchindustrie, und die Handelskammer in Sorau glaubt konstatieren zu können, daß in ihrem ganzen Interessengebiet niemand Gelegenheit gegeben war, sich zu diesem Handelsvertrag zu äußern. Nun ist der Wirtschaftliche Ausschuss gefragt worden, und das wird ja auch in Zukunft der Fall sein. Es ist gut so; denn es wird sich daran nichts ändern, daß wir im Parlament nur vor der Frage stehen, ob wir annehmen oder ablehnen wollen. Dann aber fragt es sich, ob nicht die Organisation des Wirtschaftlichen Ausschusses verbesserungsbedürftig ist.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir wollen daraus kein Parlament machen; selbstverständlich kann die Regierung nur mit einem Gremium verhandeln, dessen Zahl nicht über die Grenze hinausgeht, die noch eine Verhandlungsfähigkeit ermöglicht. Wenn wir aber bedenken, daß heute die ganze Lederwarenindustrie, ferner die Industrien der Spitzen, der Wollgewebe, der baumwollenen Gewebe und der baumwollenen Wirkwaren im Wirtschaftlichen Ausschuss nicht vertreten sind.

(Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) daß aber doch unsere Situation auf dem Weltmarkt wesentlich dadurch bedingt wird, daß wir durch die weitestgehende Spezialisierung der Industrien immer wieder Neues bieten, so ist doch wirklich die Gefahr vor-

handen, daß hier wichtige Interessen leiden. Der Verband der thüringischen Industriellen verlangt für sein Wirtschaftsgebiet, wie mir mitgeteilt wird, zwei neue Mitglieder. Sachsen weist darauf hin, daß seine Textilindustrie so vielgestaltig sei, daß eine einzelne Persönlichkeit auch beim besten Willen und hervorragenden Fähigkeiten nicht in der Lage sei, alle diejenigen Detailskenntnisse zu entfalten, die manchmal zur Beurteilung der Zollverhältnisse notwendig sind.

Es scheint mir doch wünschenswert, daß der Wirtschaftliche Ausschuss entweder durch eine größere Anzahl von Vertretern der Fachbranchen erweitert wird, oder daß vielleicht das Präsentationsrecht der wirtschaftlichen Verbände, in deren Organisationen sich in den letzten Jahrzehnten große Änderungen vollzogen haben, neu geregelt wird, um dadurch eine Ergänzung zu erzielen, oder daß wir vielleicht die Organisation eines Zollrats schaffen, dem seinerseits Fachabteilungen unterstellt werden. Wenn dann jedes einzelne Mitglied des Ausschusses oder des Rats Vorsitzender seiner Fachabteilung wäre, und wenn vor dem Zusammentreten des Ausschusses alle Fachabteilungen, die an den Handelsverträgen beteiligt sind, zusammenberufen sein müßten, dann käme der einzelne in die Ausschussführung hinein nicht mit gebundenem Mandat, aber doch jedenfalls in Kenntnis gesetzt von den Wünschen der gesamten Branche, die er vertreten soll. Jedenfalls wird, solange der Wirtschaftliche Ausschuss in seiner gegenwärtigen Form besteht, des Klagens kein Ende sein darüber, daß die oder jene Branche sich zurückgesetzt fühle. Gewiß kann die Regierung niemals gezwungen werden, alle vorhandenen Wünsche zu erfüllen, sie kann andere Gesichtspunkte haben, sie muß manchmal hier und da Opfer bringen, um etwas Größeres zu erreichen. Aber das eine kann eine an einem Handelsvertrag beteiligte Branche verlangen: daß sie wenigstens gehört wird, daß sie in der Lage ist, ihre Wünsche und Bedenken zum Ausdruck zu bringen.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Einem Wirtschaftlichen Ausschuss, der die Untergliederung von Fachabteilungen hätte, würde wohl auch nicht der Mangel an Vertrauen entgegengebracht werden, der sich bei den letzten Handelsvertragsverhandlungen manchmal gezeigt hat.

Meine Herren, dem Außenhandel dienen verschiedene Veröffentlichungen des Reichsamts des Innern, darunter die „Nachrichten für Handel und Industrie“ und das „Handelsarchiv“. Ich möchte den Herrn Staatssekretär fragen, ob es nicht möglich ist, dieses „Handelsarchiv“ etwas mehr für den kaufmännischen Gebrauch auszubilden. Es ist der dort erstattete Konsularbericht für Schweden vom Jahre 1908 erst im Januar 1909 erschienen; der Konsularbericht für Dänemark von 1908 wurde erst im Juli 1909 erstattet, und für Portugal, das uns anscheinend immer ärgern muß, liegt der Bericht für 1907 erst im Oktober 1909 vor.

(Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Das mag vielleicht daran liegen, daß die portugiesische Statistik uns so spät zu Händen kam. Aber ich frage: welchen praktischen kaufmännischen Wert hat denn ein Konsularbericht über portugiesische Handelsverhältnisse im Jahre 1907, der im Oktober 1909 erscheint?

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Damit kann man doch praktisch nichts anfangen. Der kann später einmal als Unterlage für die Betrachtung der Entwicklung von Handelsverhältnissen dienen; ich glaube aber nicht, daß irgend ein Kaufmann oder Industrieller, wenn diese Berichte so spät erscheinen, aus ihnen etwas entnehmen kann, was ihm speziell praktischen Nutzen bringt. Wenn unsere Konsula sich im Lande umsehen, wenn sie die richtige Fühlung mit dem dortigen Wirtschaftsleben haben, dann sollte es ihnen, auch ohne daß sie die amtliche Statistik, die sich vielleicht verzögert, abwarten, doch möglich sein, zunächst ihre Eindrücke selber uns zur Kenntnis zu geben, auch wenn sie nicht bis ins kleinste Detail durch Ziffern der amtlichen Statistik belegt sind. Sie hatten ja überhaupt nicht für diese Berichte. Was der deutsche Industrielle will, ist doch nur, daß ihm ein Situationsbericht über die Lage im Lande, über seine Kaufkraft, über die Kreditverhältnisse und anderes gegeben wird. Das kann sich natürlich, wenn ein solcher Bericht zwei Jahre später kommt, derartig geändert haben, daß ihm der Bericht für die zurückliegende Zeit nicht dasjenige gibt, was er erwartet.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Also nach dieser Richtung hin würde jedenfalls eine Änderung dieser Berichte oder die Herbeibringung eines vorherigen Berichts in die Nachrichten für Handel und Industrie wünschenswert sein.

Wenn ich den vor zwei Jahren geäußerten Wunsch nach besserem Druck der vertraulichen Mitteilungen noch einmal wiederhole, so tue ich es deshalb, weil das tatsächlich unangenehm empfunden wird. Dadurch wird doch die Vertraulichkeit nicht etwa gestärkt, daß unendlich gedruckt wird.

(Weiterkeit.) Aber es ist, wenn sich diese vertraulichen Mitteilungen etwa über mehrere Seiten erstrecken, wirklich nicht angenehm, das durchzulesen, weil man eine Miniaturskizze gewährt hat, wie man sie sonst im Verkehr der Presse und bei der Uebersmittlung von Druckschriften nicht gewöhnt ist.

Im vorigen Jahre war von meinen politischen Freunden eine Denkschrift über die Lage der Siegerländer Industrie erbeten worden, insbesondere über die Lage der reinen Walzwerke. Der Reichstag hat sich damals auf den Boden dieser Resolution gestellt. Sie ist — wenn ich nicht irre — von diesem hohen Hause beinahe einstimmig angenommen worden. In derjenigen Uebersicht über die Entschlüsse des Bundesrats, die uns vor einigen Wochen zugegangen ist, habe ich die häufig wiederkehrende Bemerkung gefunden: die Erwägungen schweben noch. Nun sind aber die Verhältnisse im Siegerlande durchaus nicht derartig, daß

man etwa sagen könnte, diese Besorgnisse seien behoben, der allgemeine etwas aufrichtigere Wirtschaftskontur in Deutschland sei auch eine Erholung und ein Aufsteigen im Siegerlande gefolgt. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben vor kurzem hier eine Deputation im Reichstage von drei Siegerländer Arbeitern gehabt, die uns vorgestellt haben, daß heute, wenn auch im kleinen Maßstabe, bereits eine Auswanderung stattfände, die Zahl der Familien sich mehre, die sich vorstellten, ob es nicht besser für sie wäre, den dortigen Boden zu verlassen, wo ein Vorwärtskommen oder auch nur ein Verharren auf dem bisherigen Zustande kaum möglich erschiene. Es ist das nicht eine kleine Zahl von Arbeiterexistenzen, die da in Betracht kommen, daß man etwa sagen könnte: die wirtschaftliche Entwicklung ist nun einmal an diesem Teil der deutschen Erde vorbeigegangen; ihr müßt das Opfer bringen, wir können in die gesamte Wirtschaftsentwicklung eurethalen nicht eingreifen. Es handelt sich im Siegerlande um 22 783 Arbeiter mit etwa 80 000 Angehörigen. Das ist doch ein guter Stamm von Existenzen, die vor allen Dingen dort mit dem Boden so verwachsen sind, daß es ein historisches Unrecht wäre, ihnen etwa zu sagen: wir können euch nicht helfen. Ein historisches Unrecht auch gegenüber der Entwicklung des Siegerlandes selbst, das mit seiner Erz- und Eisensteinförderung ja doch auf eine — ich glaube — jahrhundertlange Entwicklung zurückblickt. Diese Eisensteinförderung ist von 1907 auf 1908 allein um 20 Prozent zurückgegangen. Der Anteil an der gesamten Roheisenproduktion ist von 1900 bis 1908 von 8,8 auf 5,1 Prozent zurückgegangen.

Ueber die Lage der Walzwerke haben wir ja Berichte erhalten durch die Denkschriften der Vertreter. Darüber haben auch Konferenzen stattgefunden, bei denen auf der einen Seite der Stahlwerksverband, auf der anderen Seite diese Walzwerke sich ausgesprochen haben zur gegenwärtigen Lage. Das ist schon fünf Vierteljahre, seitdem diese Konferenz in Düsseldorf stattgefunden hat. Die Walzwerke beschwerten sich darüber, daß der Charakter der Vertraulichkeit dieser Besprechungen nicht gewahrt worden sei; sie sagen, es seien Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen, man beziehe sich darauf, daß sie gänzlich unterlegen seien in der Diskussion, daß sie alles hätten anerkennen müssen, was man seitens der großen Werke vorgebracht habe. Sie fordern aus diesem Grunde eine Veröffentlichung dieser Denkschrift, damit sich jeder objektiv ein Urteil auf Grund des Stenogramms oder Protokolls bilden könne; sie fordern — und wir haben uns dem angeschlossen — eine objektive Denkschrift, die dem Reichskanzler zugehen soll über die Lage dieser ganzen Industrie und über die Mittel, die zu einer Besserung führen können. Ein Zentrumsantrag, der im vorigen Jahre angenommen wurde, dem wir nicht zustimmten, weil wir erst festgestellt wissen wollten, wie die Lage sei, forderte ein Eingreifen auf dem Gebiete der Zollpolitik. Es fragt sich, ob das notwendig oder durchführbar ist. Wir haben aber jedenfalls auf dem Gebiete der Frachtpolitik, auf dem Gebiete des Eintretens des Staates als Abnehmer, sowohl der Reichsbehörden wie auch namentlich der preussischen Landesbehörden, doch eine ganze Anzahl Wege, wie man einem bedrängten Gebietsteile helfen kann. Um nach dieser Richtung hin einmal praktische Arbeit tun zu können, um zu wissen, wie die Regierung selber die Lage ansieht, verlangen wir diese Denkschrift, und wir möchten bitten, nachdem die Verhältnisse schon schwieriger geworden sind als früher, nachdem die Bitten dringender zu uns gelangt sind als vorher, daß doch die Staatsregierung die Feststellung dieser Denkschrift beschleunigen möge, damit wir noch in dieser Session uns darüber aussprechen können, welche Folgen wir aus dieser Denkschrift unsererseits ziehen.

(Bravo! bei den Nationalliberalen.) Nun hat der Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren) sich beschäftigt mit der Organisation der deutschen Industrie, des deutschen Handels und Gewerbes, und er ist damit auch zu sprechen gekommen auf den Hansabund, und er hat sich in seinen Ausführungen, die durchaus sachlich sich bemühten, die Nichteristenzfähigkeit des Hansabundes wie die angeblich schiefe Auffassung des Hansabundes von der Partei- und Wirtschaftspolitik zu beweisen, auf ein Flugblatt bezogen, aus dem er einzelne Teile vorgelesen hat. Es ist eigentümlich, daß der Hansabund erklärt, daß dieses Flugblatt gar nicht verbreitet worden wäre

(oho! in der Mitte), daß es einen vertraulichen Entwurf darstelle, der nicht zum Ausdruck gekommen sei. Das ist festgestellt worden auf Grund einer Depesche derjenigen Ortsgruppe, mit der wegen des Flugblattes korrespondiert worden war. Das steht zunächst einmal in einem völligen Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Mayer (Kaufbeuren), der von einer Verbreitung dieses Flugblattes sprach. Abgesehen davon: ist es denn so unrichtig, was in diesem Flugblatt steht? Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren) sagt: ein Mangel an Wissen spricht sich in diesem Flugblatt aus, wenn darin gesagt ist, die Wirtschaftspolitik ist das Letzte, was das Zentrum zusammenhält. Diese Auffassung hat doch wohl nicht nur der Hansabund in der Rheinprovinz, oder glauben Sie, daß in der weiten Öffentlichkeit die Empfindung besteht, daß der Wirtschaftspolitik in Deutschland wegen das Zentrum als politische Partei gegründet worden wäre? Zur Wirtschaftspolitik haben Sie Stellung nehmen müssen, weil Sie politische Partei geworden sind.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Daß das aber in erster Linie irgend etwas Ausschlaggebendes für Ihr inneres Leben, für Ihren Bestand ist, wird außerhalb des Hansabundes wohl mancher anderen ebenfalls bestreiten. Und dann: Sie weisen darauf hin, daß in den Kreisen der Zentrumsparthei diese Auffassung geltend wäre. Denken Sie nicht daran, Herr Kollege Mayer

(Kaufbeuren), wie kaum vor Jahresfrist innerhalb Ihrer engsten Fraktionsangehörigen der Kampf getobt hat um die Definition dessen, was Zentrumsparlei sei (sehr richtig! bei den Nationalliberalen), und daß es da doch nicht nur eine neue Wirtschaftsorganisation war, wie der Hansabund, sondern daß es Ihre in diesem hohen Hause bekannten Führer der Zentrumsparlei waren, die zu den verschiedensten Auffassungen darüber gelangten, daß eine große Zentrumskonferenz doch die eigene Auffassung des Hansabundes dokumentierte, daß nämlich das konfessionelle Moment eigentlich dasjenige wäre, was in erster Linie den Charakter der Zentrumsparlei bestimme? (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen. — Oho! in der Mitte.)

Wenn Sie also in Ihren eigenen Reihen doch mindestens sehr nuancierter und abweichender Meinung über den Charakter Ihrer Partei sind, dann sollten Sie nicht mit so großem Pathos sagen: wach ein Mangel an Wissen, wenn hier der Hansabund sagt, es ist nicht die Wirtschaftspolitik, die in erster Linie den Charakter der Zentrumsparlei ausmacht!

Meine Herren, auch Zentrumsführer, oder mindestens Zentrumsangehörige gehören dieser Organisation an, und als es sich um den Beitritt der Handelskammer Wachen handelte, da führte der Herr Kommerzienrat Leo Böhsen, Mitglied der Handelskammer, wörtlich aus:

Wenn die Zentrumsparlei, die mir lieb und wert ist, und der ich noch immer Unterstützung geliehen habe und noch leihen werde, wenn es sich um religiöse Fragen handelt, sich mit den 29 1/2 Prozent der Bevölkerung verbündet, um Handel und Industrie zu schädigen, dann halte ich es für meine Pflicht, dem entgegenzuarbeiten. (Hört! Hört! bei den Nationalliberalen.)

Das tun wir, indem wir dem Hansabund beitreten (Hört! Hört! bei den Nationalliberalen) und dafür sorgen, daß er noch mehr Beitretende bekommt.

Meine Herren, das ist doch eine Stimme aus Ihren eigenen Reihen, die sich wesentlich anders ausdrückt, als es der Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren) getan hat!

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Nun hat aber der Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren) noch weiter einen Satz aus diesem Flugblatt zitiert. Der Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren) hat nach dem Stenogramm gesagt, es fände sich in dem Flugblatt der Satz: Hansabund und Zentrum Hand in Hand — oder, ich glaube, es hieß wohl wörtlich: „es sei die Devise ausgegeben: Hansabund und Zentrum Hand in Hand“. Der Vorderfuß hierzu lautet doch aber: „sobald das Zentrum diese seine Wirtschaftspolitik ändert, steht dem nichts im Wege, daß Hansabund und Zentrum Hand in Hand gehen“.

(Große Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Diese Prämisse wirft doch alles um, was man hieraus entnehmen wollte. Wenn heute in die weite Öffentlichkeit durch eine Reichstagsrede hineingeworfen wird das Wort, es stehe in einem Flugblatt der Satz: „Zentrum und Hansabund Hand in Hand“, — so muß man doch glauben, der Hansabund habe die Absicht, nun zusammen mit der Zentrumsparlei Deutschland in die Schranken zu fordern und mit ihr zukünftig seine Wirtschaftspolitik zu machen, und dann ist es doch mindestens inoffiziell, den Vorderfuß nicht mit anzugeben, der die bedeutungsvollen Worte enthält: „Wenn das Zentrum seine Wirtschaftspolitik ändert, so steht dem nichts im Wege, daß wir zusammen gehen können“.

Meine Herren, der Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren) hat dann gesagt: ich verdanke es ja der Industrie nicht, wenn sie auch verschiedene Organisationen hat, daß sie eine besondere Organisation sich bildet für diejenigen Fragen, in denen sie einzig ist, obwohl es auch in ihr auf wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Gebiet Gegensätze gibt, die wir in den beiden Organisationen des Bundes der Industriellen und des Zentralverbandes verkörpert sehen. Er befreit aber die Möglichkeit eines Zusammenwirkens von Handel, Industrie und Gewerbe, er befreit diesbezüglich überhaupt die Möglichkeit der Gemeinsamkeit von Interessen. Darin kann ich ihm nicht folgen. Gewiß, es gibt gerade auf dem Gebiete der Mittelstandspolitik Fragen der Konkurrenz der Kleinbetriebe gegenüber den Großunternehmen, die solche Gegensätze in sich bergen, und dazu wird eine gemeinsame Organisation nicht Stellung nehmen können, weil sie eben diese Gegensätze nicht in sich auflösen kann. Aber daß andererseits auf dem Gebiete der gesamten Wirtschaftspolitik, namentlich des Entgegenwirkens von Bestrebungen, über den jetzigen Stand der Agrarzölle hinaus diese noch weiter zu erhöhen — eine Parole, die schon ausgegeben wird im hochagrarisches Lager — Handwerk, Kleinhandel und Industrie das gemeinsame Interesse haben, durch eine solche verkehrte Wirtschaftspolitik sich die Kaufkraft des Arbeiters, der ihr gemeinsamer Abnehmer ist, nicht unterbinden zu lassen, — das, meine Herren, sollte doch jedermann zugehen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Sehr viel wichtiger als die Gegensätze zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb, als solche Fragen, wie etwa auch die Ausbildung der Belegschaft und die Beiträge der Industrie dazu, über die eine Einigung sich finden lassen wird, sind die großen Fragen der zukünftigen deutschen Wirtschaftspolitik, um die es sich hier handelt.

Daß das auch empfunden wird in den Kreisen des Handwerks, das kann der Kollege Mayer doch leicht daraus ersehen, daß 55 Kleinhandwerker und 76 Handwerker dem Ausschusse des Hansabundes angehören, und daß 51 deutsche Innungen ihm korporativ angeschlossen sind, und wenn diese Gemeinsamkeit von 230 000 Mitgliedern, über die der Hansabund heute verfügt, sich in ihm zusammenfindet, nun, meine Herren, dann haben eben diejenigen, die es praktisch angeht,

über den Wert einer solchen Organisation eine andere Meinung, als sie theoretisch von dem Kollegen Mayer (Kaufbeuren) ausgesprochen worden ist. Schließlich entscheidet hier im Organisationsleben wie im politischen Partoileben der Erfolg. Der Eine oder der andere kann der Meinung sein, diese oder jene politische Richtung, diese oder jene wirtschaftspolitische Organisation habe keine Bedeutung. Seht sie sich durch, dann hat sie Bedeutung kraft ihres praktischen Erfolges, und einer Organisation, die in kurzer Zeit beinahe eine Viertel-million Mitglieder hat, gegenüber der kann man nicht Vogelstrauchpolitik treiben, die kann man nicht einfach als nicht vorhanden ansehen wollen.

Meine Herren, der Herr Kollege Mayer (Kaufbeuren) hat sich in seinen Ausführungen durchaus bemüht, sachlich zu bleiben. Er hat eben versucht, sachlich klarzulegen, daß hier Interessengegensätze vorliegen, die nicht zu überbrücken wären. Dieser sachlichen Prüfung irgend welcher Gründe hat sich der Bund der Landwirte nicht weiter befeßigt.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Er hat geglaubt, daß ein kräftiges Pflü, ausgerufen von 5000 Mitgliedern, die zur Generalversammlung da sind, die Logik und sachlichen Gründe erzeuge. Meine Herren, ich habe nicht die Absicht, für meine Person auf diese außerhalb dieses hohen Hauses liegende Verhandlung einzugehen. Ich möchte nur dem Herrn Reichstanzler den einen Rat geben, wenn er wieder einmal ein Kolleg über Verflachung und Verrohung der politischen Sitten lesen will.

(Sehr gut! bei den Nationalliberalen), daß er sich dann in die Generalversammlung des Bundes der Landwirte begibt.

(Sehr richtig bei den Nationalliberalen — oho! rechts) und diesen Herren dieses Kolleg zum Vortrag bringt. Er wird sich dann wenigstens an dasjenige Forum wenden, das den Beweis geliefert hat, daß solche Belehrungen ihm doch vielleicht für die Zukunft heilsam sein könnten.

(Sehr gut! bei den Nationalliberalen. — Ruf links.)

— Wenn es auch alles erstklassige Wähler gewesen sind, wie der Herr Kollege Gothein mir entgegenruft, so verstärkt das nur den bedauerlichen Eindruck. — Wenn diesen Verhandlungen des Bundes der Landwirte folgend, die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer die deutsche Wirtschaftspolitik lobte, wenn man bedenkt, daß eigentlich kein einziger mehr in dieser Versammlung von einer Notlage der deutschen Landwirtschaft sprach, wenn es richtig ist, daß diese Wirtschaftspolitik den Erfolg der Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse gehabt hat, dann verdammt das die deutsche Landwirtschaft demselben Abgeordneten Bassermann, den Sie in dieser Weise durch dem Mund eines Diederich haben so glauben behandeln zu können, wie Sie es getan haben.

(Sehr gut! bei den Nationalliberalen. — Unruhe und Zurufe rechts.)

Wenn Sie nicht mit Hilfe der nationalliberalen Partei diesen Zolltarif durchgesetzt hätten, — Sie hätten ihn nicht gegen den Willen der Volksbewegung durchsetzen können. Wir haben das, was an Unpopularität gegen uns in städtischen Kreisen entstanden ist

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen — andauernde Zurufe rechts), auf uns genommen zu Gunsten des Schutzes der Landwirtschaft; diese Tatsache werden Sie nicht aus der Welt schaffen, auch nicht dadurch, daß Sie mich hier unterbrechen oder im Bund der Landwirte mit Pfui-rufen um sich werfen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, ich möchte dann auf das Gebiet der Sozialpolitik kommen. Ich will dem Wunsche des Herrn Präsidenten folgend die Frage der Reichsversicherungsordnung ausscheiden und aus diesem Grunde mich der Reichsversicherungsordnung nicht zuwenden. Ich möchte nur bezüglich des modus procedendi einer Anregung Folge geben. Wir haben jetzt bei der Gewerbeordnung gesehen, daß wir auch nicht das ganze Gesetz auf einmal verabschieden konnten. Wir haben herausgeschält die Bestimmungen über die Frauenarbeit und die Bestimmungen über die Primarbeit; wir haben in einer kleinen Novelle der Kommission dasjenige überwiesen, worüber wir uns einig geworden sind. Ich glaube, daß in bezug auf die Frage des Reservefonds der Berufsgenossenschaften eine derartige Einigung im ganzen Hause bestehen wird. Es hat niemand Vorteil davon, auch der Arbeiter nicht, daß hier ins Ungemessene Reserven angesammelt werden, die augenblicklich beinahe 300 Millionen betragen und auf 1/2 Milliarde gesteigert werden können. Wenn man sich vorstellt, was eine Kommissionsberatung bedeutet, bei der zu jedem Paragraphen Anträge gestellt werden, die dann von dem Herrn Kollegen Stadthagen meist in tiefergründiger und ausführlicher Weise begründet zu werden pflegen

(Heiterkeit), dann muß man doch sagen, daß es Jahre dauern kann, ehe ein solches Gesetz endgültig verabschiedet wird. Ob es da nicht gut wäre, diese Frage herauszunehmen und besonders zu behandeln, das möchte ich dem Herrn Staatssekretär zur Erwägung anheimgeben. Weite Kreise des deutschen Handwerks und der deutschen Industrie würden von einer drückenden Last befreit werden, wenn er in bezug auf diesen Teil der Reichsversicherungsordnung einem gesonderten Vorgehen zustimmen wollte, um das ich ihn hierdurch bitten möchte.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Dann komme ich zu der Frage, über die wir uns anlässlich der Interpellation der Zentrumsparlei und der Nationalliberalen bereits unterhalten haben, der Frage der Pensionsversicherung der Privatbeamten. Auch hier will ich nicht sachlich noch einmal dieses ganze, so viel erörterte Gebiet vor Ihren Augen vorbe-

ziehen lassen. Ich meine nur das eine: die Erklärung des Herrn Staatssekretärs hat eigentlich nichts enthalten, was uns sagen könnte, daß es unüberwindliche Schwierigkeiten wären, die dem Einbringen eines Gesetzentwurfs im Wege ständen.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Wir glauben nicht, daß man diese Frage durch die Reichsversicherungsordnung lösen kann; wir glauben nicht, daß lediglich die Einfügung einiger neuer Klassen in die Invaliditätsgesetzgebung für diejenigen Bedürfnisse Genüge schaffen wird, die uns seitens der Handlungsgelassen entgegneten. Nun beginnt jetzt bereits eine Bewegung in Privatangehörigenkreisen, die an die von uns für überwunden gehaltenen Gegensätze anknüpft. Eine Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangehörigen fordert die Erledigung im Rahmen der Reichsversicherungsordnung. Die Regierung kommt also um die Stellungnahme zu dieser Frage gar nicht herum. Sie wird aber, wenn sie an ihrem Gedanken, den wir unterstützen, festhält, eine eigene Versicherung der Privatangehörigen zu schaffen, nunmehr genötigt, diesen Gesetzentwurf einzubringen, damit nicht das Mindergerade von den Privatbeamten deshalb akzeptiert wird, weil es anscheinend schneller zu erreichen geht. Der Herr Staatssekretär wird ja, solange der Reichstag tagt und sich mit seinem Etatkapitel beschäftigt, kaum dazu kommen, jene vielen Anregungen, die aus diesem Hause an ihn gelangen, zur gesetzgeberischen Durchführung zu bringen. Vielleicht ist hier die Quantität der Resolutionen, die zum Etat des Reichsamts des Innern eingebracht werden, manchmal ein Hemmnis des stetigen Fortschritts auf dem Gebiete der praktischen Gesetzgebung. Ich glaube aber, daß weite Kreise und die Fraktionen dieses Hauses damit einverstanden wären, wenn man dem Reichsamt des Innern gewissermaßen als Marschroute für die nächsten Aufgaben der sozialpolitischen Gesetzgebung mit auf den Weg gäbe, nun einmal unter Hintanstellung anderer Fragen mit der Frage der Pensionsversicherung der Privatbeamten vorwärts zu kommen.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Diese Frage hat eine weit größere Bedeutung, als irgend eine andere, die in den Anträgen und Resolutionen angeschnitten wird. Dieses Gesetz soll gewissermaßen die Ordnung unserer sozialen Gesetzgebung sein; es steht im engsten Konnex mit den Fragen, die durch die Reichsversicherungsordnung mit erörtert werden. Deshalb muß es auch zugleich mitverhandelt werden; denn von seiner Entscheidung hängt auch die Stellung ab, die einzelne Abgeordnete zur Reichsversicherungsordnung einnehmen.

Ebenso glaube ich ausprechen zu dürfen, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte uns doch die Pflicht auferlegte, dasjenige nachzuholen, was wir diesem Stande schulden sowohl in bezug auf die Pensionsverhältnisse als auch später nach ihrer Erledigung in bezug auf die Modifikation des Rechts, das wir in Einklang bringen müssen mit den neuen wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen, die für Privatbeamte, Techniker, Werkmeister usw. sich herausgebildet haben. Darauf bezieht sich die Resolution Bassermann, die übereinstimmend mit einer vom Zentrum eingebrachten Resolution verlangt, daß auch nach dieser Richtung hin praktische Arbeit geleistet wird. Der Herr Staatssekretär möge das eine glauben, daß niemals der Gesichtspunkt, daß derjenige, der schnell gibt, doppelt gibt, so zum Ausdruck kommen würde, als hier, wenn er uns eine schnelle Erledigung dieses Pensionsgesetzes in Aussicht stellen könnte. Wer einmal die Ziffern erhalten hat, wer diesen Groll und die grenzenlose Enttäuschung gesehen hat, die in diesen Kreisen des neuen Mittelstandes sich über diese Verzögerung geltend macht, der wird sagen müssen, daß ein weitgehender Pessimismus gegenüber der Staatsfürsorge und dem Staat überhaupt Platz gegriffen hat, wenn auch nach dieser Richtung hin die Staatsregierung versagen sollte. Vielleicht hat man aus der Erklärung des Herrn Staatssekretärs mehr Pessimismus herausgelesen, als er hat hineinlegen wollen; aber es ist das ebenso, daß man naturgemäß, wenn man gleich vor dem Ziel zu stehen glaubt, man aber in seinen Hoffnungen getäuscht wird, diesem Gefühl sich mehr hingibt, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Ich möchte dann noch auf einige wenige Resolutionen eingehen, die hier eingebracht worden sind. Ich kann mich da auf wenige Ausführungen beschränken, weil die Frage, die die Förderung des Handwerks angeht, von einem anderen Redner meiner Fraktion behandelt werden wird, ebenso die Wohnungsfrage. Von den Resolutionen, die wir hier eingebracht haben, wende ich mich zunächst zu derjenigen auf Nr. 246, die von einer Regelung der Schiffsfrachten für Bauten des Reichs spricht und eine Bevorzugung der inländischen Schiffer fordert. Aus den Kreisen der deutschen Schiffer ist mitgeteilt worden, daß in ganz außergewöhnlicher Weise holländische Schiffer wiederholt bei Aufträgen der Reichs- und Staatsbehörden bevorzugt werden. Ein großer Teil dieser holländischen Schiffer hat freie Fahrt auf unseren Flüssen, sie gehen ihrem Gewerbe nach, obgleich es zweifelhaft ist, daß sie irgend welche Steuern bezahlen, sie verschaffen sich ihren Lebensunterhalt im Freihafen und sind auch dadurch bevorzugt. Nun hören wir, daß die Kaiserliche Marine bei Verfrachtungen in Kiel und Friedrichsort, bei der Befestigung von Helgoland diese holländischen Schiffer in erster Linie bevorzugt. Ich sollte nun meinen, daß hier bei gleichen Bedingungen die deutschen Bepreter unter allen Umständen den Vorzug erhalten sollten, und wir legen die Erwartung, daß das in Zukunft geschehen wird.

Wir haben dann weiter die Resolution eingebracht, daß die Bestimmungen sozialer Natur, die das Handelsgebuch trifft, auch auf die technischen Beamten übertragen werden, und da kann ich darauf hinweisen, daß der Antrag auf Nr. 247, der einen Gesetzentwurf for-

bert für die Gehilfen der Rechtsanwälte, bereits auf ein recht langes Leben zurücksehen kann. Auch hier handelt es sich um neue Schichten, die in neue Verhältnisse hineingekommen sind und verlangen können, daß das, was man dem Arbeiter gegeben hat, in bezug auf die Sicherheit gegen die Ausnutzung seiner Arbeitszeit in bezug auf Kündigungsfrist, Sonntagsruhe usw., auch ihnen zu teil wird. Ich weiß, daß man sehr oft in den Kreisen der davon zunächst betroffenen Interessenten, und zwar betroffenen Arbeitgeber, also der Rechtsanwälte und Rotare, sagt, daß es wichtige und dringende Arbeiten sind, die allgemein eine schnelle Erledigung verlangen, und daß hier ein präziser Schluß der Arbeitszeit nicht durchführbar sei. Meine Herren, wichtig und dringend sind die Industrieaufträge auch, und trotzdem ist es gegangen, daß man hier eine Begrenzung eintreten ließ. Um wie viel mehr sollte es auch hier durchführbar sein!

Meine Herren, wir werden unsererseits den Anträgen, die von Seiten der Zentrumsparlei in bezug auf das Vergrecht durch das Reich gestellt sind, zustimmen, entsprechend der Haltung, die wir stets hierzu eingenommen haben. Wir werden der Resolution 260 zustimmen, die sich vielfach mit unseren eigenen Anträgen deckt, und wir werden auch in unserer Mehrheit der Resolution zustimmen, die sich gegen das bandenweise Umherziehen der Zigeuner richtet, weil uns auch hierüber Klagen zugegangen sind. Gewiß ist dagegen auch ausgeführt worden, daß man in manchen kleinen Städten des Ostens sich daran gewöhnt habe, die Zigeuner als unentbehrlich bei gewissen Märkten anzusehen. Es ist auch angeführt worden, daß über diesem Zigeunerwesen noch ein Hauch der Romantik liege, von der Lenau in seinen Gedichten spricht. Aber die Klagen, die dem gegenüberstehen, sprechen doch davon, daß dieser Hauch längst abgestreift ist, und daß das, was wir in dieser Beziehung zu schützen haben, jedenfalls schwerwiegender ist und mehr ins Gewicht fällt. Wir werden endlich der Resolution 257 zustimmen, die sich auf die Ueberwachung der Kartellbestrebungen bezieht. Meine Herren, wir sind der Meinung, daß eine Anteilnahme der Reichsregierung, eine Ueberwachung jener Konzentrationsprozesse durchaus notwendig ist. Ob allerdings dasjenige erreicht werden wird, was den Herren Antragstellern hierbei vorschwebte, nämlich ein Schutz derjenigen, die sich als Abnehmer diesen großen Koalitionen gegenübersehen, will mir zweifelhaft erscheinen. Der Antrag Hertling fordert in Absatz 2 Festsetzung von Mindestvorschriften bezüglich der Satzungen, insbesondere betreffs der Zulassung von Schiedsgerichten. Meine Herren, das trifft nicht den Kern der Dinge. Das wird niemand von den Kartellen und Syndikaten behaupten, daß sie sich ihren Verpflichtungen entziehen, sobald man ein Schiedsgericht gegen sie anrufen muß etwa deswegen, weil sie gegen Treu und Glauben, weil sie gegen übernommene Verpflichtungen handelten. Dafür ist schließlich auch das ordentliche Gericht da. Was beklagt wird, sind die vielfach rigorosen Bedingungen in bezug auf die Abnahmeverpflichtungen. Wenn die aber einmal Rechtens sind — was dann das Schiedsgericht tun soll, ist mir nicht ganz klar. Das wird gar nicht in Aktion treten können, wenn das Syndikat sagt: das sind unsere Bedingungen, diese Bedingungen sind von der anderen Seite akzeptiert worden, dann erledigt sich überhaupt irgend welche schiedsgerichtliche Behandlung in bezug auf diese Frage. Wir haben ein großes Material über die Kartellfrage durch die Arbeiten des Reichsamts des Innern erhalten. Aber daß wir nun in diesem hohen Hause zu wesentlich neuen Gesichtspunkten in bezug auf die Stellung des Staates gegenüber der Kartellfrage gekommen wären, das haben die Debatten der

letzten Jahre doch nicht gezeigt, und vor allen Dingen haben sie meiner Auffassung nach nicht gezeigt, daß wesentliche Fortschritte, daß eine Abstellung empfindlicher Mißstände und Uebelstände durch ein Kartellgesetz herbeigeführt werden könnte. Wir möchten in diesem Kartellgesetz mehr ein Kartellaufsichtsgesetz sehen, das uns die Möglichkeit gibt, auf dem Laufenden zu bleiben über die innere Struktur dieser großen Organisationen, um dadurch eventuell für später die Möglichkeit eines gesetzgeberischen Eingreifens zu erlangen. In diesem Sinne fassen wir den Zentrumsantrag auf, in diesem Sinne werden wir ihm auch zustimmen. Daß er sich beschränkt auf Forderungen an die Regierung zur Vorlage eines Entwurfs, zeigt die Schwierigkeiten der Materie; denn vor Jahren schon ging durch die Presse die Mitteilung, daß einer der führenden Herren der Zentrumsfraktion einen eigenen Gesetzesentwurf für und fertig in seiner Schublade habe.

(Zuruf links: Herr Spahn!)

Ich höre, daß es der jetzige Herr Präsident Spahn gewesen sein soll. — Wir hätten wohl erwarten können, wenn die Materie so zweifelstfrei wäre, daß an Stelle dieser recht zahmen Resolution der Gesetzesentwurf hier aufmarschiert wäre, und wir sehen daraus doch die Schwierigkeiten, die einem gesetzgeberischen Wirken nach dieser Richtung hin gegenüberstehen.

Meine Herren, ich möchte dann schließen, indem ich noch eine Anregung dem Herrn Staatssekretär übermitteln möchte. Wir kommen ihm mit vollem Vertrauen und ohne Voreingenommenheit entgegen. Wir wissen, daß er gerade in der jetzigen Zeit ein außerordentlich reiches Arbeitsfeld vorfindet, ein Arbeitsgebiet von solcher Reichhaltigkeit auf den verschiedenen Gebieten, daß er, wenn ich nicht irre, in der Kommission selbst ausgesprochen hat, daß die Zahl der Kräfte, die ihm dafür zur Verfügung stehen, eigentlich nicht ausreicht.

Ich meine persönlich, daß es die schlechteste angebrachte Sparsamkeit ist, hier etwa an Beamtenmaterial sparen zu wollen; denn auch die Qualität der Arbeit muß schließlich gegenüber einer übermäßigen Ausnutzung der geistigen Kräfte, der geistigen Spannkraft, leiden. Wir sehen, wie wir auf handelspolitischem Gebiet eine große Anzahl von Vorlagen hier zu erledigen hatten. Wir haben die außerordentlich weitgehende Reichsversicherungsordnung, um die wir doch monatelang oder vielleicht Sessionen hindurch in diesem Reichstag kämpfen werden. Wir sehen, wie das große neue Gebiet der Kodifikation des Rechts für die Privatbeamten unserem Reichsamt sortgesetzt neue Aufgaben stellt. Wir werden stets gern mitarbeiten an einer Sozialpolitik, die praktischen Nutzen bringt. Wir werden uns aber wehren gegen Vorschriften, die lediglich Paragraphenweisheit enthalten, die den Zusammenhang mit dem praktischen Leben vermissen lassen.

Rach dieser Richtung noch eine Abschweifung. Im vorigen Jahre haben wir hier entschieden, daß die Witze von Arbeit verboten sein soll bei der Heimindustrie. Der verehrte Kollege Dr. Hitze hat uns in so warmen Tönen in der Kommission auseinandergesetzt, was für moralische Wirkungen er aus diesen gesetzlichen Bestimmungen erwartete. Er hat einen Optimismus zur Schau getragen, der ihn auch einst leitete, als er aufforderte, daß Lohnbücher für Minderjährige eingeführt würden unter Zustimmung beider Teile, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Damals waren mit Ausnahme der Herren von der Sozialdemokratie sämtliche sächsischen Abgeordnete gegen diese Bestimmungen auf Grund der Verhältnisse, die wir bei uns vorfinden, was sehen wir heute? Wenn der Herr Abgeordnete Günther hier wäre, der die Stadt Plauen vertritt, würde er Ihnen mitteilen können, welche eine weit-

gehende Mißstimmung nicht in Arbeitgeber-, sondern in erster Linie in Arbeiterkreisen die Durchführung dieses Gesetzes gebracht hat. Die Arbeiterinnen wollten überhaupt nicht glauben, daß der Reichstag das beschlossen habe. Sie haben wiederholt gesagt, daß das wohl eine neue Schikane sei, die die Fabrikanten sich ausgedacht hätten, um ihnen selber Schwierigkeiten zu machen. Wenn die Gewerbebeamten, auch die Beamten der gewerkschaftlichen Organisationen, einmal berichten an die sozialdemokratische Fraktion, dann werden sie Ihnen (zu den Sozialdemokraten) vielleicht auch ein Bild geben von der Erregung, die über diese neuen Bestimmungen dort herrscht. Man versucht, die Mutter, man versucht, die Schwester hinzuschicken, um das sich zur Hausarbeit abzuholen, was man sich früher selbst verdiente, und man wehrt sich in diesen Kreisen auf das allerentschiedenste dagegen, daß die Freiheit darüber, ob man nach der Arbeitszeit zu Hause noch schlafen will, hier durch dieses Gesetz beengt werden soll.

Ich glaube jedenfalls nicht an irgend einen praktischen Erfolg dieses Gesetzes, genau so, wie einige Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, auf die wir nicht eingehen sollen, diesen praktischen Bedürfnissen wohl nicht entsprechen.

Die Anregung aber, die ich dem Herrn Staatssekretär geben möchte, wäre die, so wie er es wohl früher getan hat als Handelsminister, auch als Staatssekretär des Innern das Land zu durchstreifen und möglichst die verschiedenen Wirtschaftszweige in ihrer Struktur, die verschiedensten Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihren Wünschen, in ihren Beschwerden selbst persönlich kennen zu lernen. Er wird gewiß manchmal, gerade bei seinem reichen Ressort, das sich ja zu einem Warenhaus für alle möglichen gesetzgeberischen Entwürfe ausgewachsen hat, die Empfindung haben, daß er froh ist, einmal dem Altenstau entrinnen zu können.

Dem Beschluß der Kommission oder der Warnung einzelner Redner, daß das Reichsamt des Innern sich möglichst wenig beteiligen möge bei Kongressen und Versammlungen, möchte ich auf das allerentschiedenste widerprechen.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Wir verlangen, daß diejenigen, die das Objekt der Gesetzgebung sind, auch die Möglichkeit haben, sich mit den Gesetzgebern über dasjenige auszusprechen, was ihnen bevorsteht, und der Herr Staatssekretär, der ja auch Staatssekretär des deutschen Reichs ist, würde insbesondere uns erfreuen, wenn er über das preussische Wirtschaftsgebiet hinaus vielleicht auch diejenigen Wirtschaftsgebiete besuchen würde, die in anderen Bundesstaaten liegen, bisher manchmal eine gewisse Empfindlichkeit darüber haben, daß der Herr Staatssekretär fast stets aus der preussischen Verwaltungspraxis hervorgeht, und die da fürchten, daß für ihre speziellen Wünsche und Bedürfnisse vielleicht nicht immer die rechte Herzenswärme vorhanden wäre.

Wenn er dieser Anregung folgen wollte, dann würde er des besten Empfanges in allen Kreisen sicher sein können und würde die manchmal schwierige, vielfach formale Arbeit seines Amtes dadurch fördern, wenn sie mit dem praktischen Leben so weit im Einklange bliebe, als es möglich ist.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Die Juckerfabriken verlangen schon im September ausgereifte, möglichst zuckerreiche Rüben, um mit der Kampagne anfangen zu können. Die reiflichstehenden aber auch nachhaltige Wirkung der Thonadmechlophosphorsäure verleiht diesem Düngemittel auch in den Rübenwirtschaften von Jahr zu Jahr größeren Eingang, nachdem es von jeder auf den leichteren Lehm- und Sandböden als gedehnter Kartoffelzünger zur Ergänzung von Stallmist- und Gründüngung bekannt ist.

Wenn Sie wüßten

mit welcher peinlichen Sorgfalt der vorzügl. Malzkaffee Bamf hergestellt wird, so würden Sie überhaupt keinen anderen Malzkaffee mehr trinken als Bamf.

Ein guter Rat:

Nehmt nur „Ozonit“ (Prof. Glessler's Patent)

das moderne Waschmittel

Es macht die Wäsche blendend weiß!



Car. 9000.



Es ist eine Tatsache zum Waschen der Wäsche ist die Eisen-Seife mit Schupmark „Elefant“ überall beliebt. In fast jedem Materialwaren- und Seifengeschäft zu haben.

Wäschemangeln



für Hand- u. Kraftbetrieb, mit Unterblattauslauf u. Momentausdrücker, sind unstreitig die besten der Welt! Herrliche Wäschehlättung, daher lohnende Einnahme! Teilzahl, gern gestattet. Ernst Herrschuh, Chemnitz 15. Größte Mangelabrik. Preisliste gratis.

Einige Stickerinnen sofort oder später gesucht.

Paul Robert Müller & Co.

Kinderwagen und Sportwagen

in neuester und bester Ausführung, in den modernsten Farben, sowie Koffelröbe und alle Kindwaren empfehle in großer Auswahl und zu billigsten Preisen. Ferner halte vorrätig Kleiderhauer, Gummireifen, neue Plänen, Vorhänge.

Alle Reparaturen werden gut und billig ausgeführt von

Hermann Weisse, Korbmachermeister, Theaterstraße, nahe am „Deutschen Hause“.

Alle ins Gebirge!

zu pflanzenden Bäume usw. beziehen Sie vorteilhaft und billigst aus der hoch und frei im Lausitzer Gebirge gelegenen blutlaubreinen Baumschule von Gebrüder Neumann in Oßersdorf b. Jitta i. S. Verlangen Sie kostenfrei Zusendung der Kataloge, Kulturhinweisungen und Ausnahmangebot.

Für Landwirte!

Zur beginnenden Frühjahrsbestellung empfehle

Kultivatoren

in verschiedenen Größen und Ausführungen, sowie sämtliche anderen Ackergerätschaften billigst.

Rich. Tamm.

Südliche Pacific-Gesellschaft

Spedition, Durchfrachten-Verkehr und Erteilung von Fahrkarten nach allen Teilen der Welt.

Rud. Falck, Amerikahaus, Hamburg.

Druck und Verlag von Carl Danneberg in Eisenloz.